Rechts-Update: Dezentrale Energieversorgungskonzepte in der Industrie

6. April 2022

Dr. Jule Martin
Dr. Alexander Dlouhy, LL.M.

Osborne Clarke Deutschland

Standorte
- Berlin, Hamburg, Köln, München

Mitarbeiter
- 450+ Mitarbeiter
- davon 200+ Rechtsanwälte und Steuerberater
- davon 64 Partner

Praxisgruppen
- Capital Markets / Banking
- Commercial / Competition
- Corporate
- Employment
- IP
- IT
- Property
- Tax

Branchenfokus
- Energy & Utilities
- Financial Services
- Life Sciences & Healthcare
- Real Estate & Infrastructure
- Retail & Consumer
- Tech, Media and Comms
- Transport & Automotive

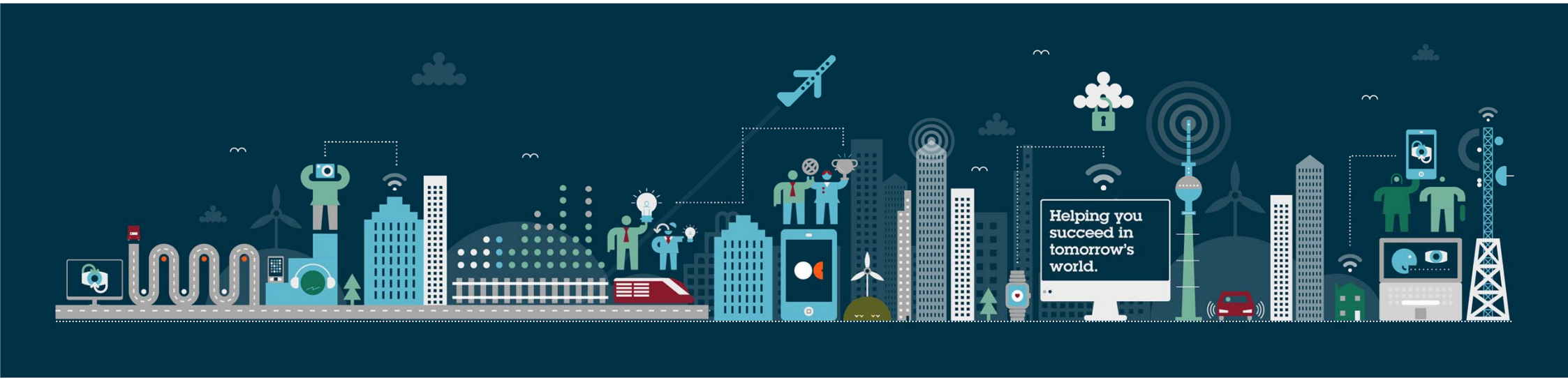
Contents

01	Einführung - Treiber dezentraler Versorgungskonzepte	5
02	Klimaschutzgesetz	7
03	Emissionshandel	12
04	Nachhaltigkeitsberichtserstattung	15
05	Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung	21
06	Dezentrale Versorgungskonzepte – Strom in der Kundenanlage	31
07	Exkurs: Stromsteuer	36

Contents

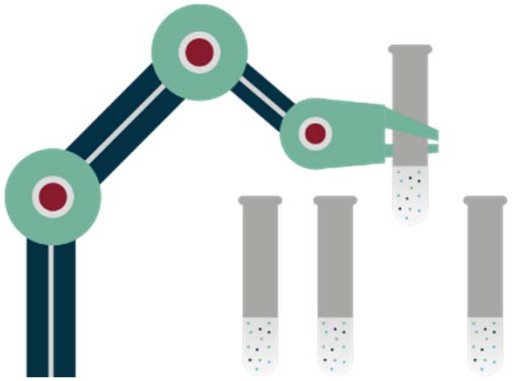
08	Dezentrale Versorgungskonzepte – Strom im geschlossenen Verteilernetz	42
09	Dezentrale Versorgungskonzepte – Strom Besonderheiten bei PV-Aufdachanlagen	45
10	Dezentrale Versorgungskonzepte - Wärme	49
11	Grünstrombezug mit Corporate PPA	53
12	Stolperfallen beim Betrieb von Ladesäulen	58
13	Gebäude-Elektromobilitäts-infrastruktur-Gesetz (GEIG)	62

Einführung –
Treiber dezentraler Versorgungskonzepte

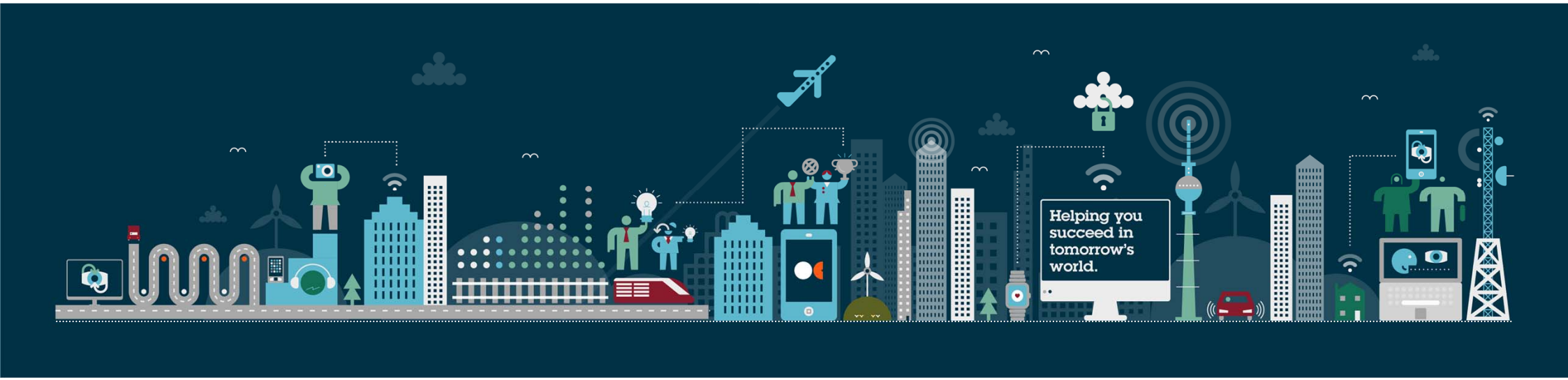


Treiber dezentraler Versorgungskonzepte

- Verknappung fossiler Energieträger
- Hohe Energiekosten
  - Kostensteigerung durch Emissionshandel gewollt
  - BEHG: Ab 2026 Versteigerung. Davor Festpreise pro Emissionszertifikat: 2021: 25 Euro, 2022: 30 Euro, 2023: 35 Euro, 2024: 45 Euro, 2025: 55 Euro
- Energieunabhängigkeit und Versorgungsicherheit
- Nachhaltige Energieversorgung
  - Nachhaltigkeitsberichterstattung



Klimaschutzgesetz



Zweck und Ziel des KSG

§ 1 und § 3 KSG

Vorgabe zulässiger Jahresemmissions-mengen und jährlicher Minderungsziele für Sektoren

Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Niveau

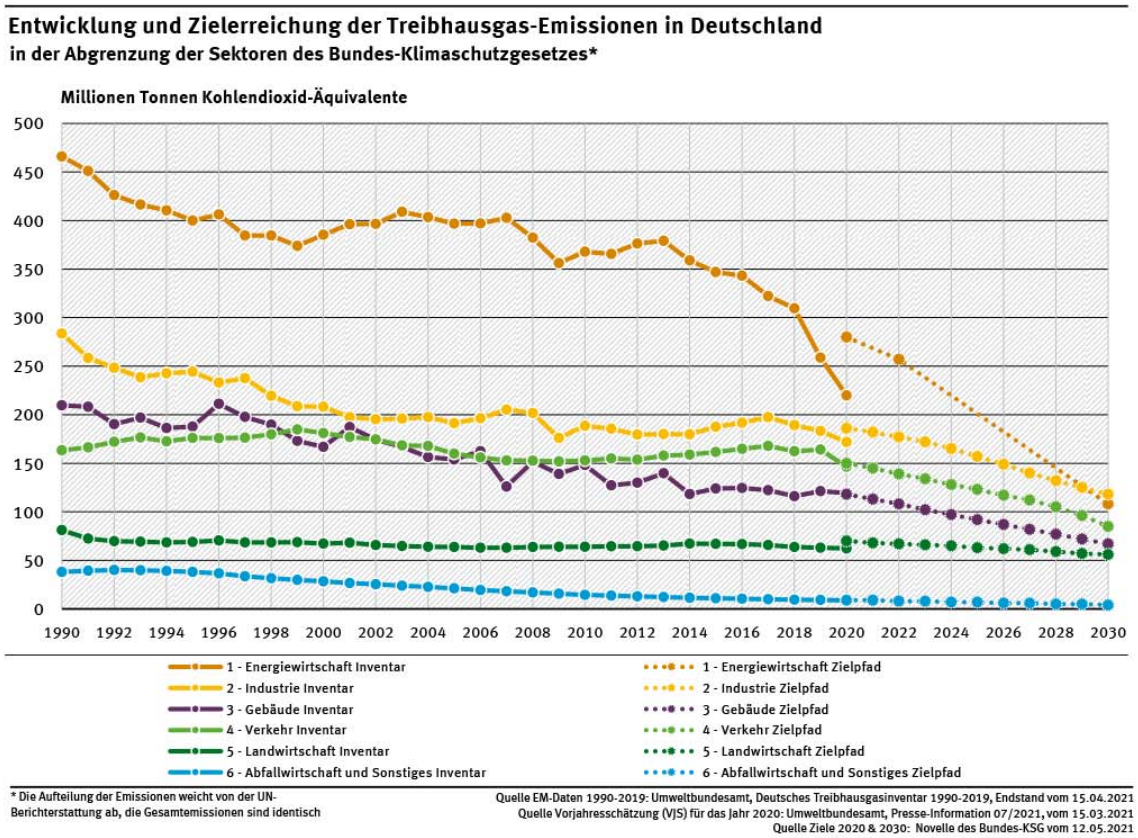
Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben

Bis 2045 Netto-Treibhausgasneutralität. Nach 2050 negative Treibhausgasemissionen

Minderungen der Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990:

1. bis 2030 um mindestens 65 Prozent
2. bis 2040 um mindestens 88 Prozent

Zielvorgaben (1)



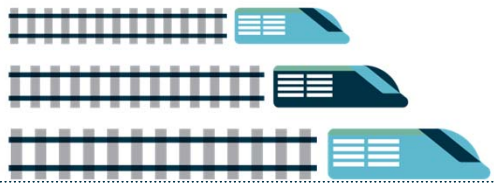
https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgasminderungsziele-deutschlands#nationale-treibhausgasminderungsziele

Zielvorgaben (2)

Anlage 3 (zu § 4)
Jährliche Minderungsziele für die Jahre 2031 bis 2040

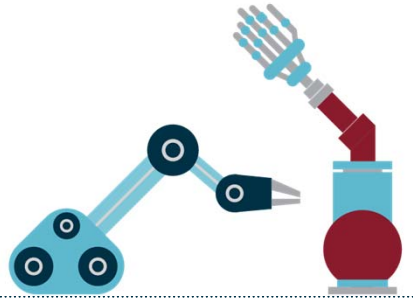
(Fundstelle: BGBl. I 2021, 3907)

	2031	2032	2033	2034	2035	2036	2037	2038	2039	2040
Jährliche Minderungsziele gegenüber 1990	67 %	70 %	72 %	74 %	77 %	79 %	81 %	83 %	86 %	88 %

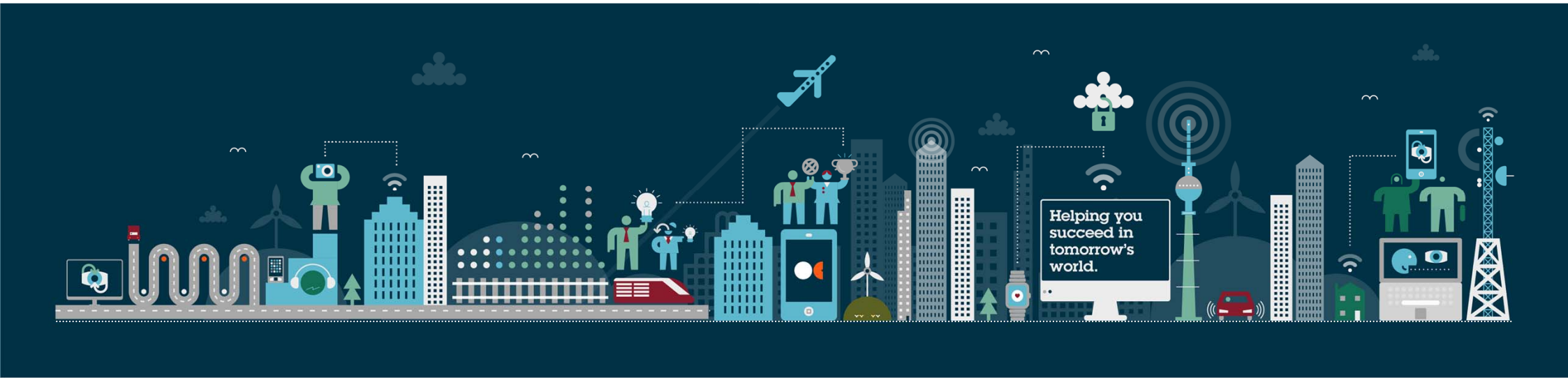


Mechanismen

- Datenerfassung und Berichterstattung
- Klimaschutzplan und Klimaschutzprogramm der Bundesregierung
- Bei über- oder unterschreiten der Jahresemissionsmenge ab 2021 in einem Sektor wird die Differenzmenge auf die verbleibenden Jahresemissionsmengen des Sektors bis zum nächsten Zieljahr (bis 2030 Absenkung mindestens 65 Prozent, bis 2040 Absenkung mindestens 88 Prozent) gleichmäßig angerechnet.
- Sofortmaßprogramm der Bundesregierung bei Nichterreichung von Zielen
- Sofortmaßprogramm der Bundesregierung bei Nichterreichung von Zielen



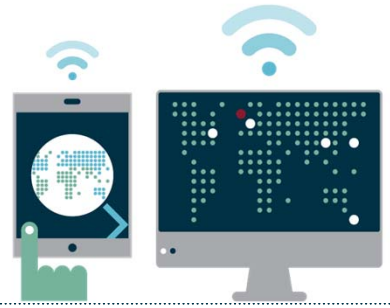
Emissionshandel



Emissionshandel

Hintergrund

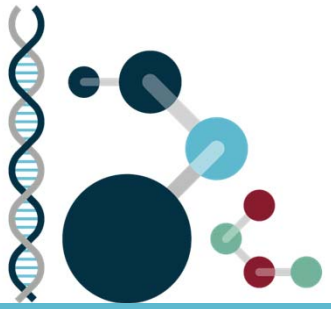
- Klimaschutzabkommens von Kyoto 1997
- Klimaschutzübereinkommen von Paris 2015
- Verpflichtung zur Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau
- Prinzip „Cap and Trade“: Begrenzte Berechtigung CO2 zu emittieren



Emissionshandel

EuETS

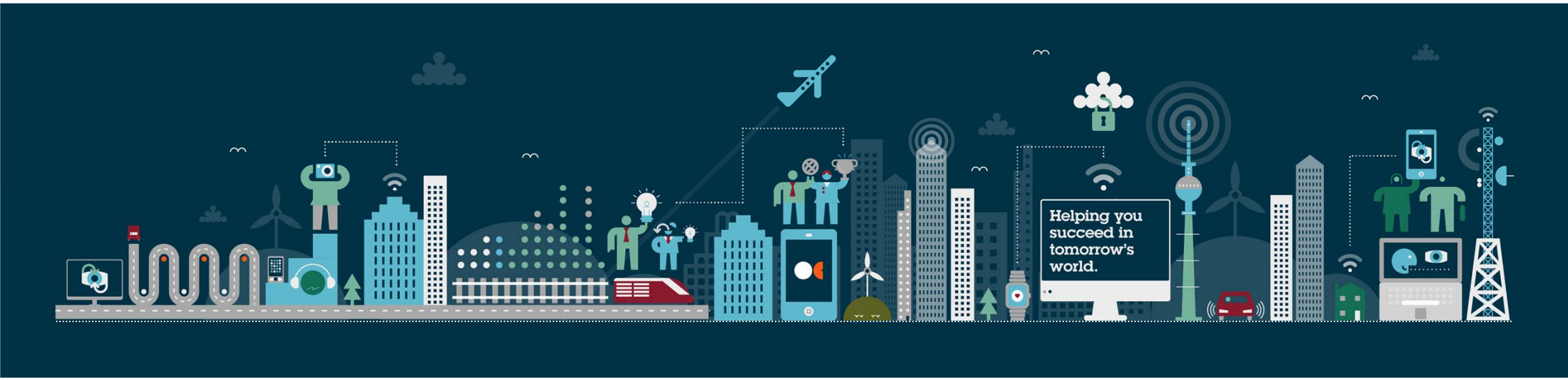
- Umsetzung Kyoto-Protokoll, EU-EmissionshandelsRL, TEHG, 2005 gestartet
- Downstream-Ansatz: Belastet Emission aus EuETS-Anlage, d.h. Energie- und Industrieanlagen und Luftverkehr
- CO2-Preis für jede emittierte Tonne aus den umfassten Anlagen
- Verantwortliche: Anlagenbetreiber oder Luftfahrgesellschaften



nEHS

- Umsetzung Pariser Klimaziele, KSG, am 01.01.2021 mit BEHG und VO gestartet
- Upstream-Ansatz: Belastet Einsatz von Brennstoff, „Inverkehrbringen“ gemäß EnergieStG
- CO2-Preis für Emissionen aus den Sektoren Wärme und Verkehr
- Umfasste Brennstoffe: Benzin, Diesel, Erdgas, Flüssiggas, Heizöl, etc., ab dem Jahr 2023 zudem Kohle, Brennholz, pflanzliche Öle etc.
- Verantwortliche: Steuerschuldner nach dem EnergieStG

Nachhaltigkeitsberichtserstattung



Offenlegungs- und Taxonomie-Verordnungen (1)

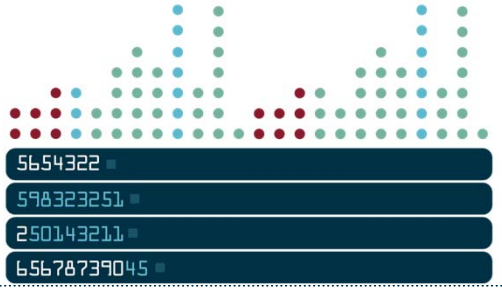
Offenlegungsverordnung (Verordnung (EU) 2019/2088 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor)

- Gilt für Finanzprodukte:
  - Finanzmarktteilnehmer: Unternehmen, die Anlageprodukte herstellen, Fonds oder Portfolien verwalten
  - Finanzberater: Anlageberater oder -Vermittler
- Gilt (zum Teil) seit 10. März 2021 und vollständig ab 1. Juli 2022
- Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen gegenüber Endanlegern und Eigentümern von Vermögenswerten durch Finanzmarktteilnehmer (einschließlich Vermögensverwalter und Finanzberater)
  - Nachhaltigkeitsaspekte: Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption und Bestechung
  - Nachhaltigkeitsrisiken: Sachverhalte mit wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Bereiche Umwelt, Soziales und Unternehmensführung
- „comply or explain“ – Mechanismus

Offenlegungs- und Taxonomie-Verordnungen – (2)

Taxonomie-Verordnung (Verordnung (EU) 2020/852 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088)

- Ziele
  - Klassifizierungssystem für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten = EU-weiter Standard
  - Förderung nachhaltiger Investitionen = Lenkung der Finanzströme in nachhaltige Investitionen
  - Bekämpfung von „Grünfärberei“ („greenwashing“) (angeblich) nachhaltiger Finanzprodukte
- Gilt für:
  - Finanzmarktteilnehmer: Unternehmen, die Anlageprodukte herstellen, Fonds oder Portfolien verwalten
  - Große kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmern
  - Mitgliedstaaten der EU
- Gilt
  - (zum Teil) ab 1. Januar 2022 mit Blick auf die Umweltziele Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel
  - vollständig ab 1. Januar 2023
- Erarbeitung technischer Bewertungskriterien



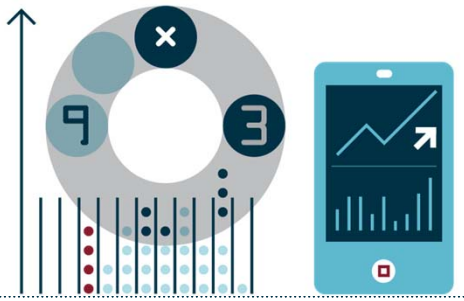
Offenlegungs- und Taxonomie-Verordnungen – (3)

Eine Wirtschaftstätigkeit gilt als nachhaltig, wenn sie

- einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung eines oder mehrerer der Umweltziele leistet;
- nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines oder mehrerer der Umweltziele führt;
- unter Einhaltung eines Mindestschutzes ausgeübt wird; und
- bestimmten technischen Bewertungskriterien entspricht.

Umweltziele gemäß Taxonomie-Verordnung

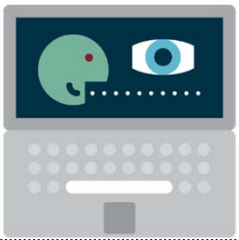
- Klimaschutz
- Anpassung an den Klimawandel
- nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen
- Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft
- Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
- der Schutz und die Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme



CSR-Berichterstattung – (1)

Richtlinie zur Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen (Richtlinie 2013/34/EU in der Fassung der Richtlinie 2014/95/EU, sog. Corporate Social Responsibility (CSR) Richtlinie)

- Gilt für große kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmer
- Beschreibung des Geschäftsmodells des Unternehmens (z.B. Geschäftsgegenstand, Standorte und Vertriebskanäle, politisches, rechtliches, wirtschaftliches, soziales und ökologisches Umfeld)
- Bericht zu u.a.
  - Umweltbelangen (z.B. Treibhausgasemissionen, Wasserverbrauch, Luftverschmutzung, Nutzung von erneuerbaren und nicht erneuerbaren Energien oder Schutz der biologischen Vielfalt)
  - Arbeitnehmerbelange (z.B. Geschlechtergleichstellung, Arbeitsbedingungen, Umsetzung von Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, Achtung der Arbeitnehmerrechte, usw.)
  - Sozialbelange (z.B. Dialog auf kommunaler oder regionaler Ebene, Sicherstellung des Schutzes und der Entwicklung lokaler Gemeinschaften)
  - Achtung der Menschenrechte (z.B. Angaben zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen)
  - Bekämpfung von Korruption und Bestechung (z.B. Instrumente zur Bekämpfung von Korruption / Bestechung)
- Dabei auch Bericht bzw. Erklärung über
  - angewendete Konzepte (einschließlich Due-Diligence-Prozesse)
  - wesentlichen Risiken der Geschäftstätigkeit mit Blick auf wahrscheinliche, schwerwiegende negative Auswirkungen auf die genannten Aspekte, einschl. auch der Lieferkette
  - Angabe, ob Rahmenwerke genutzt wurden (GRI Standards der Global Reporting Initiative, UN Global Compact, Rahmenkonzept des IIRC zum Integrated Reporting, Deutsche Nachhaltigkeitskodex)

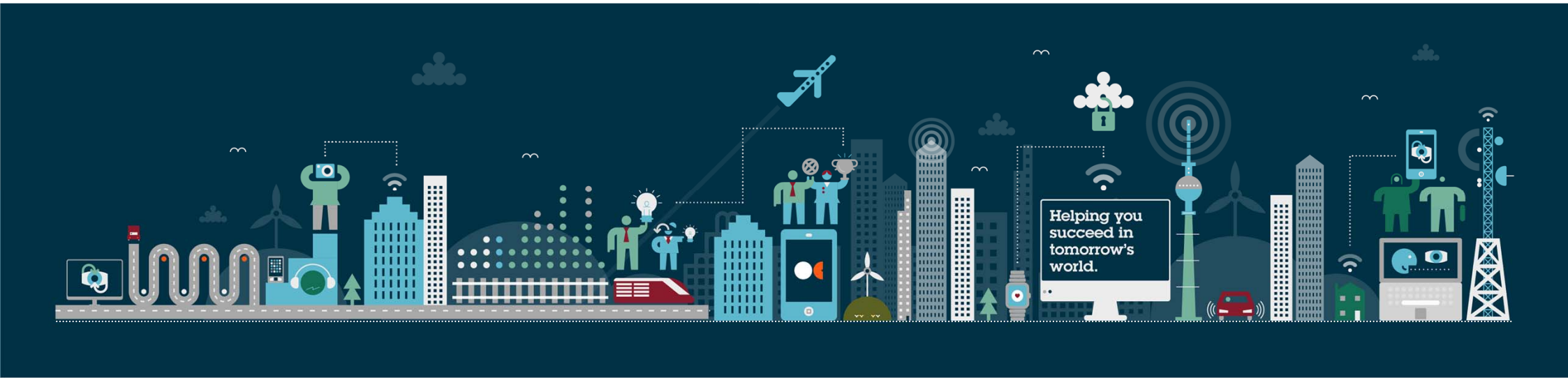


CSR-Berichterstattung – (2)

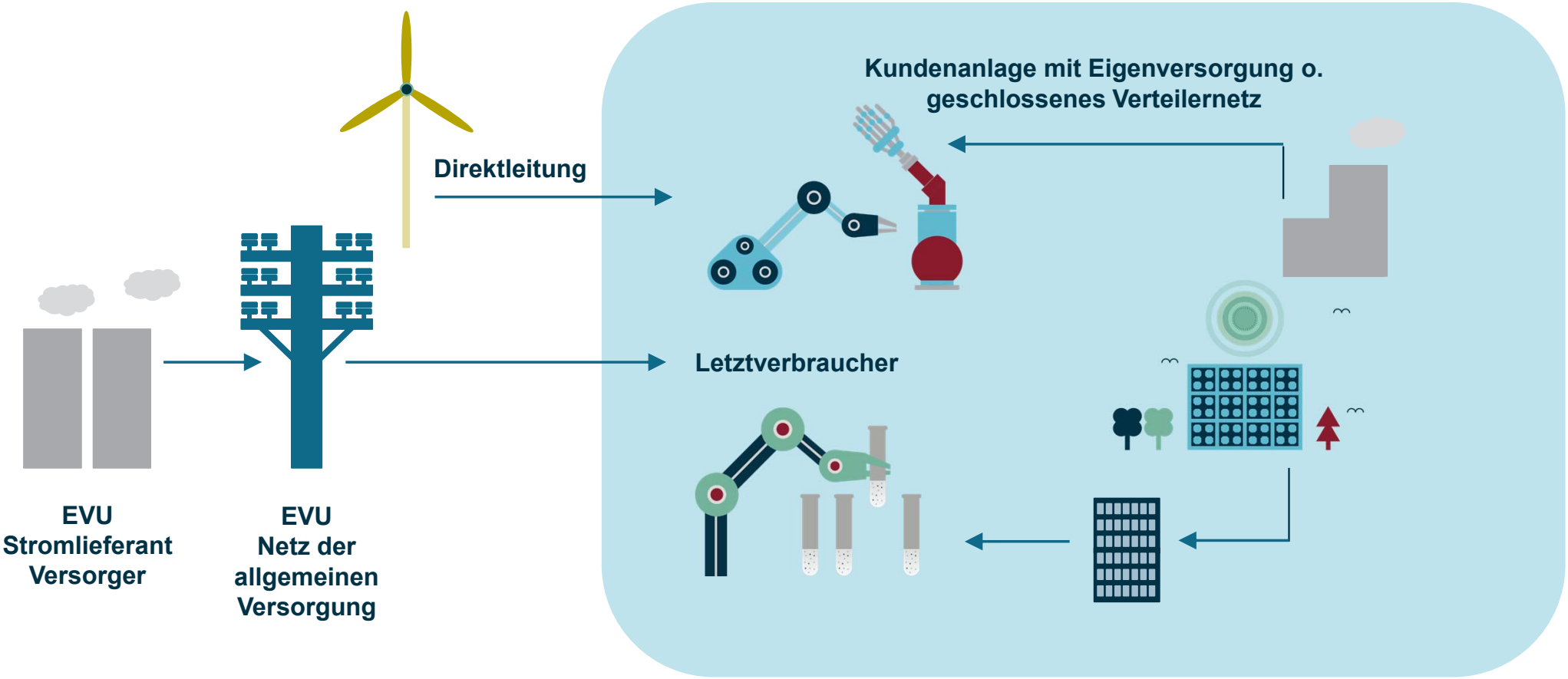
Entwurf der Corporate Sustainability Reporting (CSR) Richtlinie

- Ausweitung der berichtspflichtigen Unternehmen
  - alle großen Unternehmen
    - am Bilanzstichtag mind. zwei der folgenden drei Merkmale: Bilanzsumme: mind. EUR 20 Millionen, Umsatzerlöse: mind. EUR 40 Millionen, Arbeitnehmer (im Jahresdurchschnitt): mind. 250
    - geplanter Begin der Anwendung auf Geschäftsjahre ab Januar 2023 (Datenerhebung)
  - ab 2026 auch kapitalmarktorientierte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (eingeschränkte Berichtspflichten)
- detailliertere, zusätzliche inhaltliche Vorgaben an die Berichterstattung, z.B.
  - die Art und Weise, wie das Unternehmen beabsichtigt sicherzustellen, dass sein Geschäftsmodell und seine Strategie mit dem Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft und der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris vereinbar sind)
  - Beschreibung der eigenen Nachhaltigkeitsziele
  - Lieferketten
  - …
- Anknüpfung die EU Offenlegungs- und Taxonomieverordnungen
- Vorschlag der Europäischen Kommission: Erstanwendung für am oder nach dem 1.1.2023 beginnende Geschäftsjahre

Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung



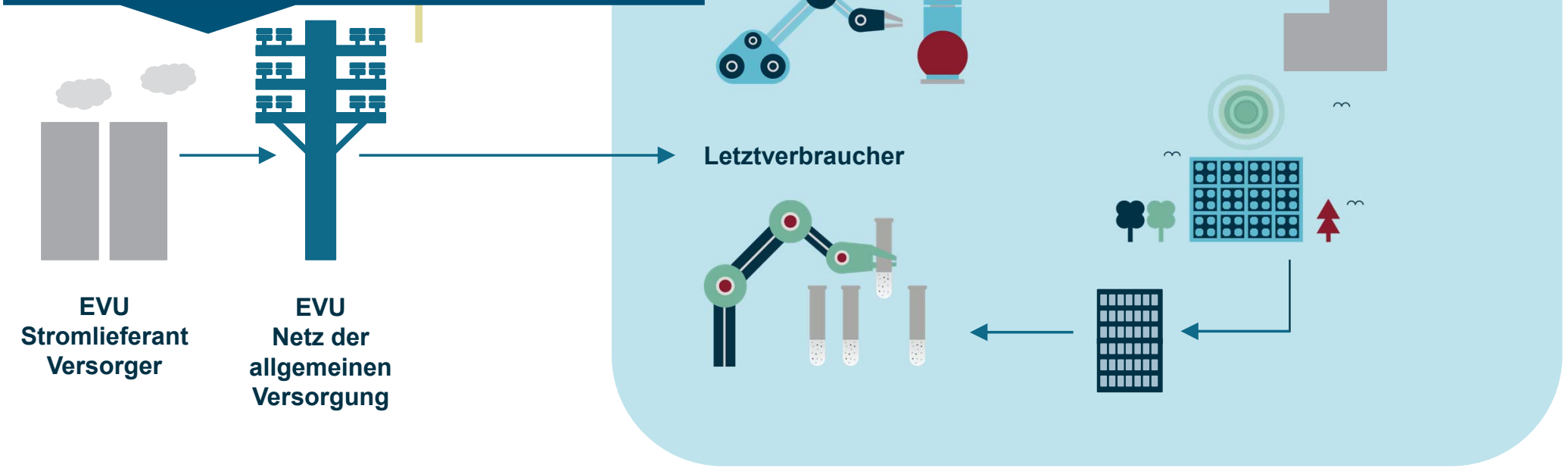
Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung



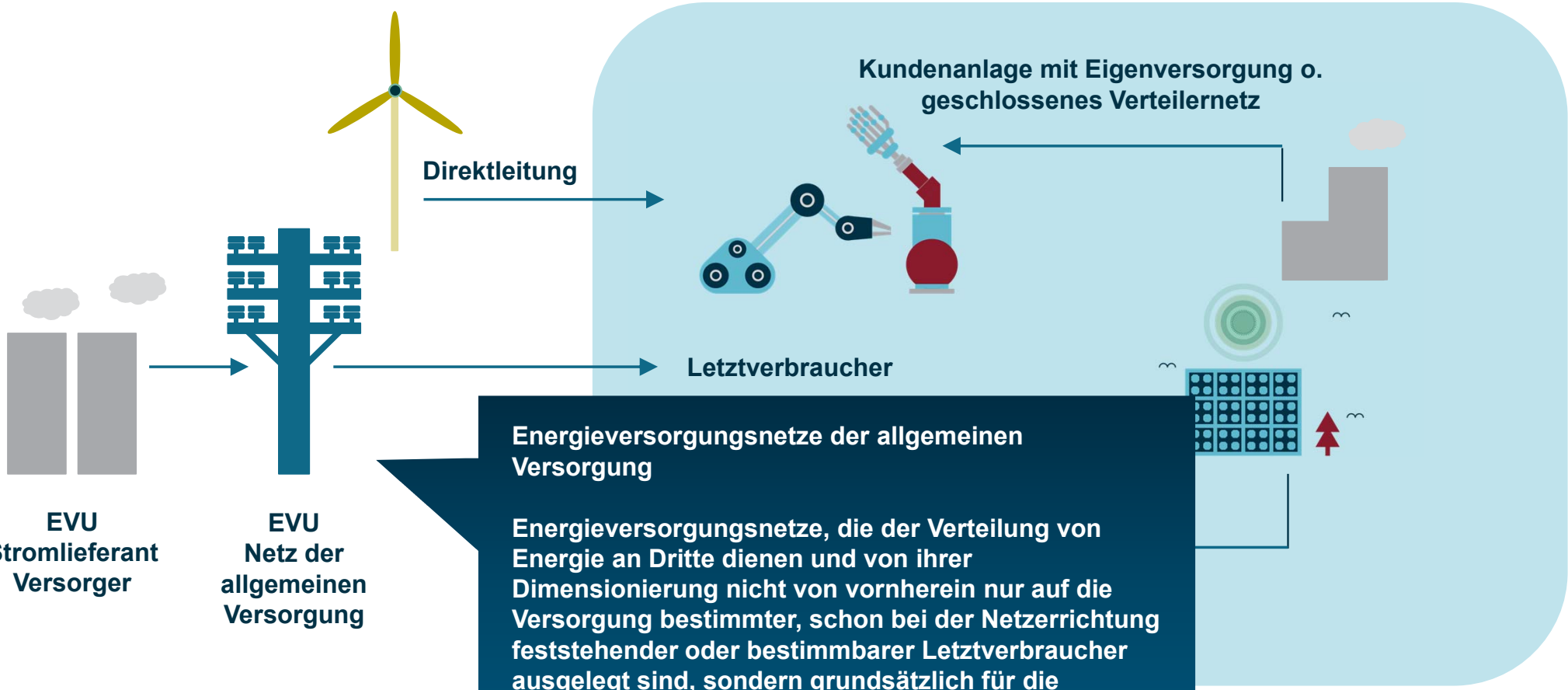
Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung

EVU

Natürliche oder juristische Personen, die Energie an andere liefern, ein Energieversorgungsnetz betreiben oder an einem Energieversorgungsnetz als Eigentümer Verfügungsbefugnis besitzen



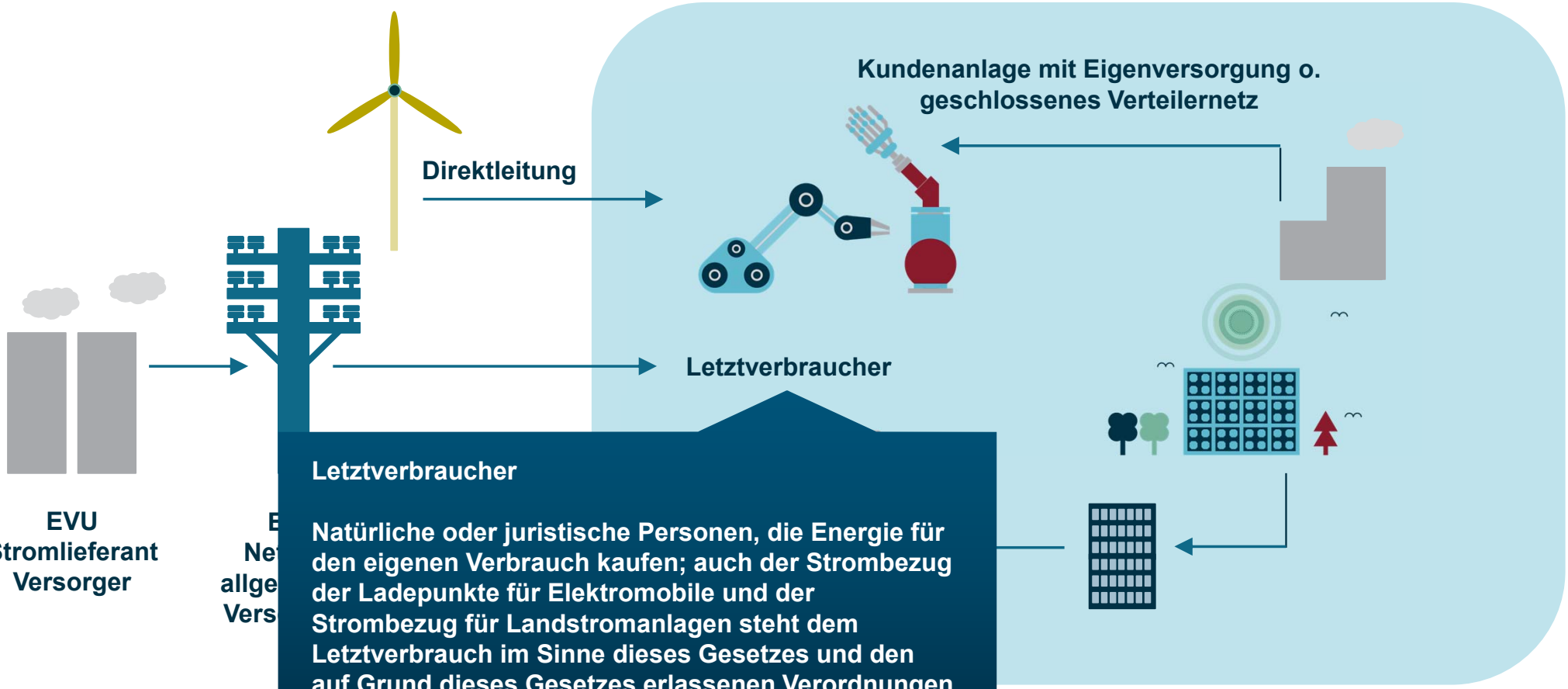
Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung



Energieversorgungsnetze der allgemeinen Versorgung

Energieversorgungsnetze, die der Verteilung von Energie an Dritte dienen und von ihrer Dimensionierung nicht von vornherein nur auf die Versorgung bestimmter, schon bei der Netzerrichtung feststehender oder bestimmbarer Letztverbraucher ausgelegt sind, sondern grundsätzlich für die Versorgung jedes Letztverbrauchers offen stehen.

Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung

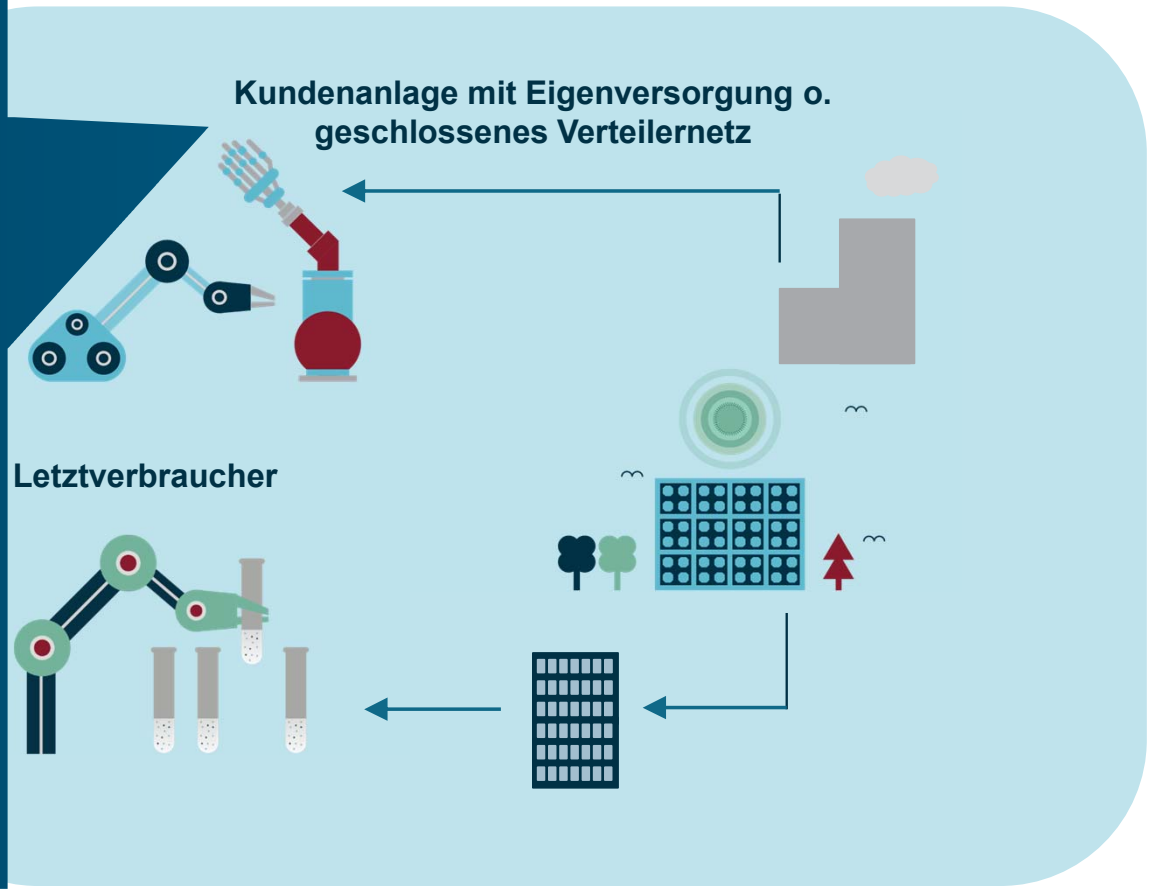


Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung

Kundenanlagen

Energieanlagen zur Abgabe von Energie,

- **die sich auf einem räumlich zusammengehörenden Gebiet befinden,**
- **mit einem Energieversorgungsnetz oder mit einer Erzeugungsanlage verbunden sind,**
- **für die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas unbedeutend sind und**
- **jedermann zum Zwecke der Belieferung der angeschlossenen Letztverbraucher im Wege der Durchleitung unabhängig von der Wahl des Energielieferanten diskriminierungsfrei und unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.**

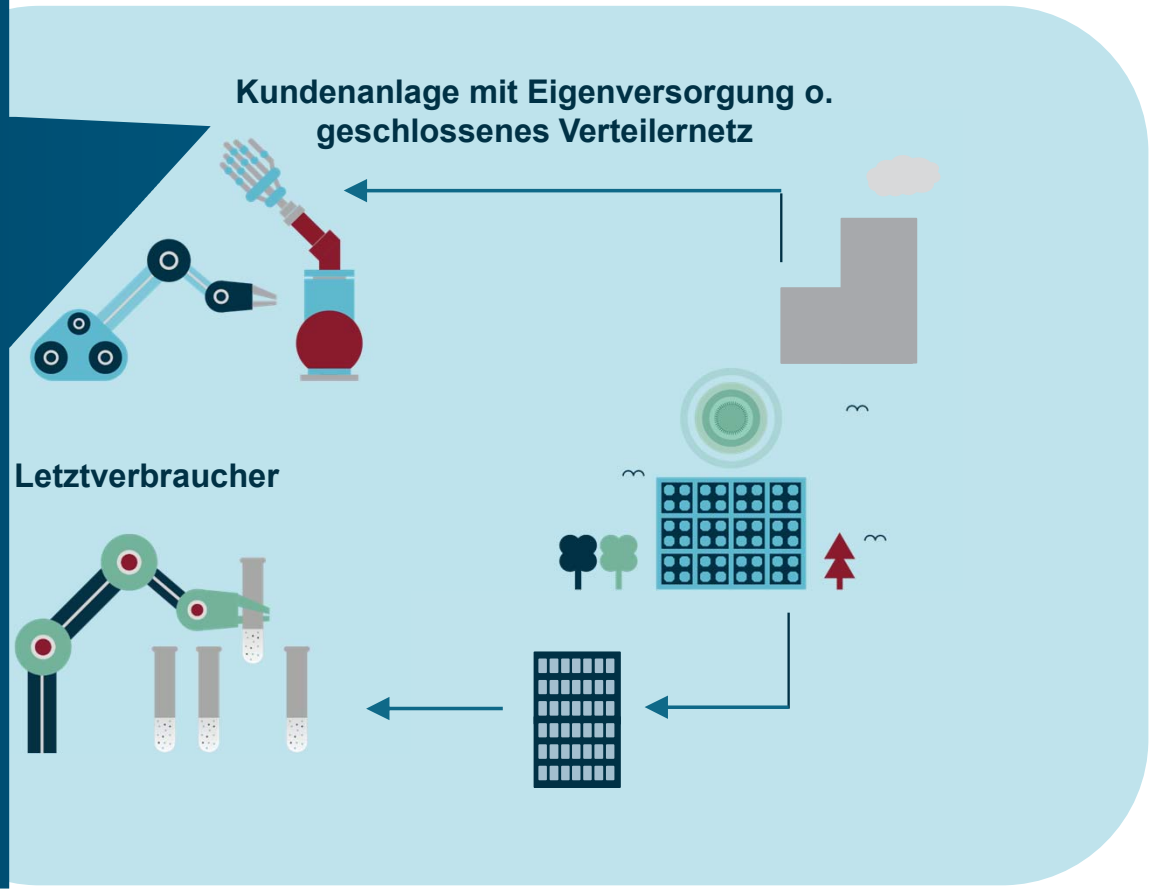


Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung

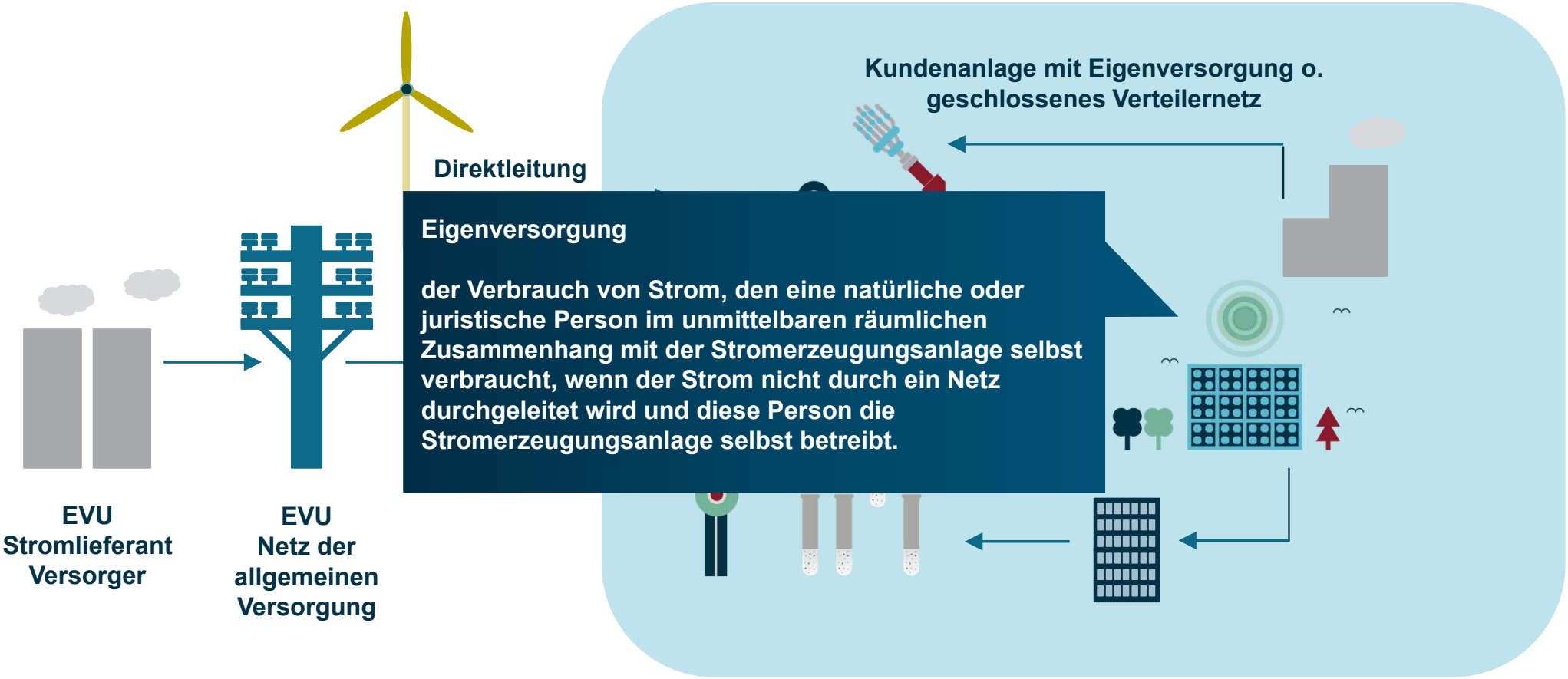
Kundenanlagen zur betrieblichen Eigenversorgung

Energieanlagen zur Abgabe von Energie,

- **die sich auf einem räumlich zusammengehörenden Betriebsgebiet befinden,**
- **mit einem Energieversorgungsnetz oder mit einer Erzeugungsanlage verbunden sind,**
- **fast ausschließlich dem betriebsnotwendigen Transport von Energie innerhalb des eigenen Unternehmens oder zu verbundenen Unternehmen oder fast ausschließlich dem der Bestimmung des Betriebs geschuldeten Abtransport in ein Energieversorgungsnetz dienen und**
- **jedermann zum Zwecke der Belieferung der an sie angeschlossenen Letztverbraucher im Wege der Durchleitung unabhängig von der Wahl des Energielieferanten diskriminierungsfrei und unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.**



Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung



Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung

Geschlossenes Verteilernetz

Die Regulierungsbehörde stuft ein Energieversorgungsnetz, mit dem Energie zum Zwecke der Ermöglichung der Versorgung von Kunden in einem geografisch begrenzten Industrie- oder Gewerbegebiet oder einem Gebiet verteilt wird, in dem Leistungen gemeinsam genutzt werden, als geschlossenes Verteilernetz ein, wenn

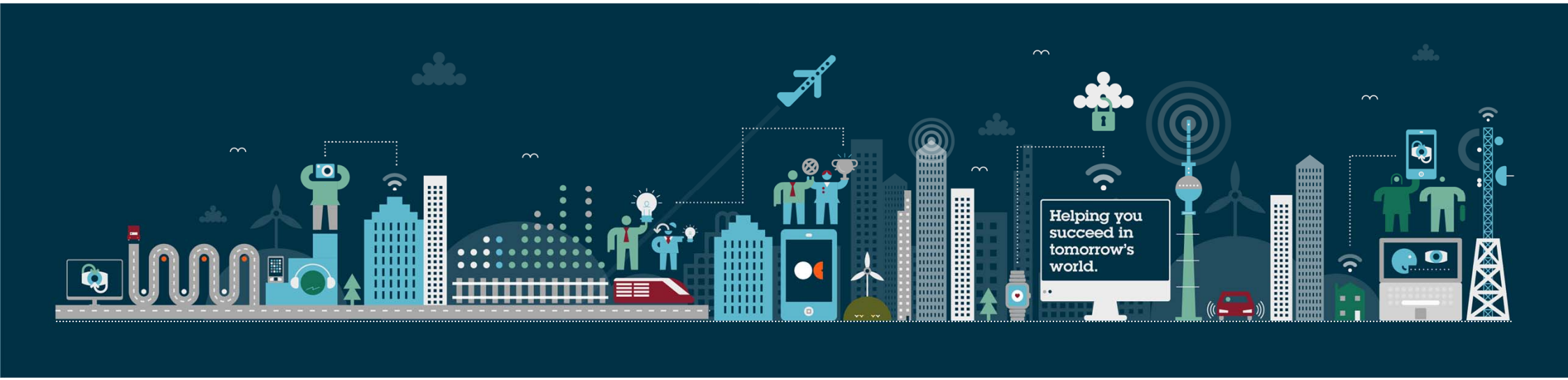
1. **die Tätigkeiten oder Produktionsverfahren der Anschlussnutzer dieses Netzes aus konkreten technischen oder sicherheitstechnischen Gründen verknüpft sind oder**

2. **mit dem Netz in erster Linie Energie an den Netzeigentümer oder -betreiber oder an mit diesen verbundene Unternehmen verteilt wird; maßgeblich ist der Durchschnitt der letzten drei Kalenderjahre; gesicherte Erkenntnisse über künftige Anteile sind zu berücksichtigen.**

Die Einstufung erfolgt nur, wenn keine Letztverbraucher, die Energie für den Eigenverbrauch im Haushalt kaufen, über das Netz versorgt werden oder nur eine geringe Zahl von solchen Letztverbrauchern, wenn diese ein Beschäftigungsverhältnis oder eine vergleichbare Beziehung zum Eigentümer oder Betreiber des Netzes unterhalten.

Kernbegriffe der dezentralen Energieversorgung

Dezentrale Versorgungskonzepte – Strom in der Kundenanlage



Ersparnis von Strompreiskomponenten (1) – „Netzbezogene Entgelte“

Ohne Nutzung des Netzes der allgemeinen Versorgung entfallen:

- Netzentgelte (§§ 14, 17 StromNEV, § 17 ARegV)
  - Abhängig von der Spannungsebene etc
  - Typischer Haushaltskunde 2022 7,65 ct/kWh
- StromNEV-Umlage (§ 19 StromNEV)
  - Letztverbraucher für bis 1.000.000 kWh 2022: 0,437 Ct/kWh
  - Verbrauch über 1.000.000 kWh 2022: 0,05 Ct/kWh
  - Produzierende Gewerbe mit hohen Stromkosten (4 % Umsatz) für Verbrauch über 1.000.000 kWh in 2022: 0,025 Ct/kWh
- KWK-Umlage (§ 26 und 26a KWKG)
  - Im Jahr 2022 für nicht privilegierte Letztverbräuche: 0,418 Ct/kWh
- Konzessionsabgabe (§ 1 Abs. 2 KAV)
  - für Tarifkunden zwischen 1,32 Ct/kWh und 2,39 Ct/kWh; für Sondervertragskunden 0,11 Ct/kWh
- Offshore-Haftungsumlage (§ 17 f EnWG)
  - Im Jahr 2022 für nicht privilegierte Letztverbräuche 0,419 Ct/kWh

Ersparnis von Strompreiskomponenten (2) – EEG-Umlage / Stromsteuer

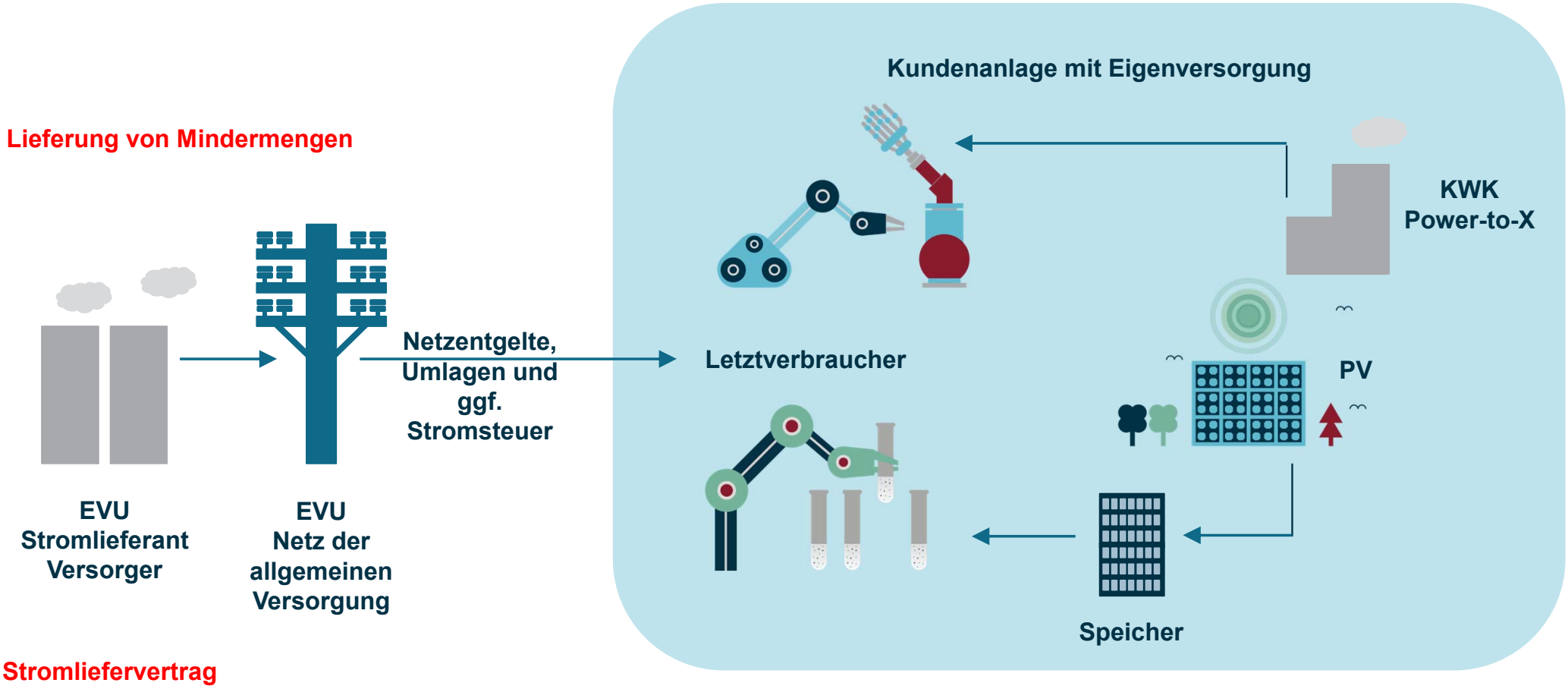
EEG-Umlage

- EEG-Umlage für Privathaushalte in 2022: 3,72 Ct/kWh

Stromsteuer

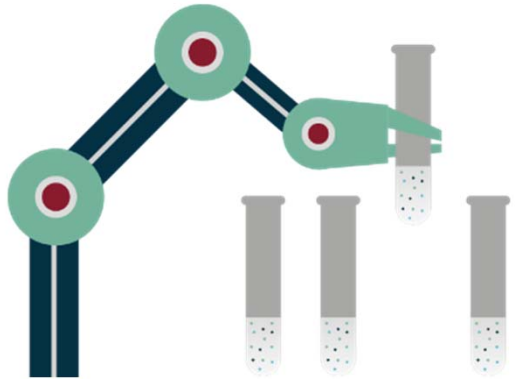
- 2,05 Ct/kWh

Kundenanlage

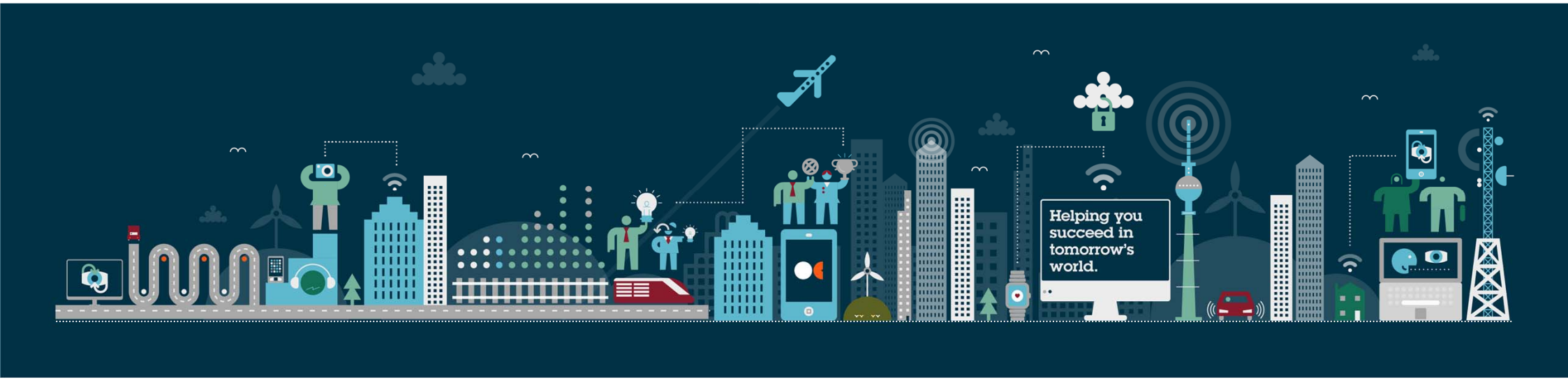


Besonderheiten in der Kundenanlage

- Keine Genehmigung erforderlich, aber rechtlich „abzusichern“ (Rechtsgutachten)
- EEG 2021 und 2023: Keine Netzentgelte, keine Umlagen und Abgaben; ggf. keine Stromsteuer
- EEG 2021: Bei Eigenversorgung Personenidentität erforderlich



Exkurs: Stromsteuer



Begriffe

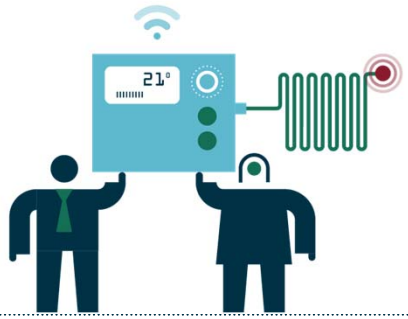
Begriffe (§ 2 StromStG)	
Versorger	derjenige, der Strom leistet
Eigenerzeuger	derjenige, der Strom zum Selbstverbrauch erzeugt
Strom aus erneuerbaren Energieträgern	Strom, der ausschließlich aus Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Erdwärme, Deponiegas, Klärgas oder aus Biomasse erzeugt wird, ausgenommen Strom aus Wasserkraftwerken mit einer installierten Generatorleistung über zehn Megawatt
Letztverbraucher	./.
Netz der allgemeinen Versorgung mit Strom	Netz, das der Verteilung von Strom an Dritte dient und von seiner Dimensionierung nicht von vornherein nur auf die Versorgung bestimmter, schon bei der Netzerrichtung feststehender oder bestimmbarer Personen ausgelegt ist, sondern grundsätzlich jedermann für die Versorgung offensteht

Erlaubnis (§ 4 StromStG)

Wer als Versorger mit Sitz im Steuergebiet Strom leisten oder als Eigenerzeuger Strom zum Selbstverbrauch entnehmen oder als Letztverbraucher Strom aus einem Gebiet außerhalb des Steuergebiets beziehen will, bedarf der Erlaubnis.

Letztverbraucherfiktion (§ 1a StromStV)

- Wer ausschließlich nach § 3 des Gesetzes [= zum Regelsatz] zu versteuernden Strom bezieht und diesen ausschließlich innerhalb einer Kundenanlage leistet, gilt nicht als Versorger, sondern als Letztverbraucher.
- Wer
  - Strom innerhalb einer Kundenanlage in Anlagen mit einer elektrischen Nennleistung von bis zu 2 Megawatt erzeugt,
  - diesen Strom an Letztverbraucher ausschließlich innerhalb dieser Kundenanlage leistet und
  - darüber hinaus ausschließlich nach § 3 des Gesetzes [= zum Regelsatz] zu versteuernden Strom ausschließlich von einem im Steuergebiet ansässigen Versorger bezieht und diesen ausschließlich innerhalb dieser Kundenanlage leistet,
- gilt nur für den erzeugten und dann geleisteten Strom als Versorger. Für den bezogenen Strom gilt er als Letztverbraucher. In diesem Fall ist diese Person sog. „kleiner Versorger“ und muss seine Tätigkeit schriftlich anzeigen (§ 2 Abs. 3 StromStV).
- Als Kundenanlage im Sinne dieser Vorschrift gilt die Kundenanlage nach § 3 Nummer 24a und 24b des Energiewirtschaftsgesetzes; in Zweifelsfällen wird zunächst vermutet, dass eine Kundenanlage vorliegt.



Stromsteuerbefreiung (1)

Von der Stromsteuer befreit ist (u.a.)

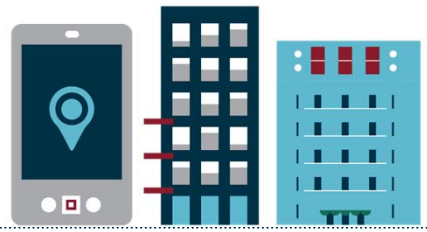
- Strom, der in Anlagen mit einer elektrischen Nennleistung von mehr als zwei Megawatt aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt und vom Betreiber der Anlage am Ort der Erzeugung zum Selbstverbrauch entnommen wird (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 StromStG)
- Strom, der in Anlagen mit einer elektrischen Nennleistung von bis zu zwei Megawatt aus erneuerbaren Energieträgern oder in hocheffizienten KWK-Anlagen mit einer elektrischen Nennleistung von bis zu zwei Megawatt erzeugt wird und der
  - vom Betreiber der Anlage als Eigenerzeuger im räumlichen Zusammenhang zu der Anlage zum Selbstverbrauch entnommen wird oder
  - von demjenigen, der die Anlage betreibt oder betreiben lässt, an Letztverbraucher geleistet wird, die den Strom im räumlichen Zusammenhang zu der Anlage entnehmen

  (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 lit. a) und b) StromStG)

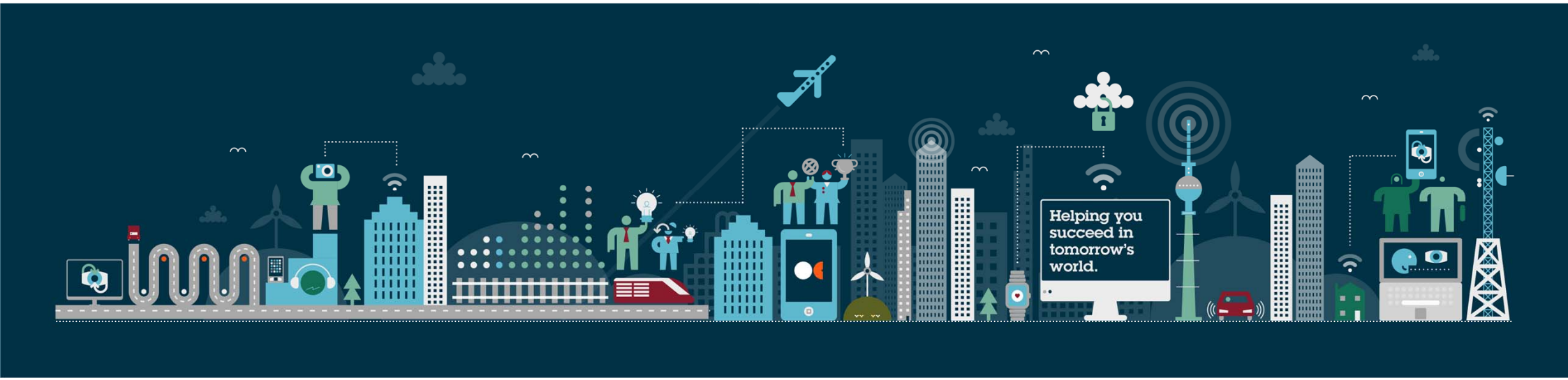
Stromsteuerbefreiung (2)

Begriff des „räumlichen Zusammenhangs“:

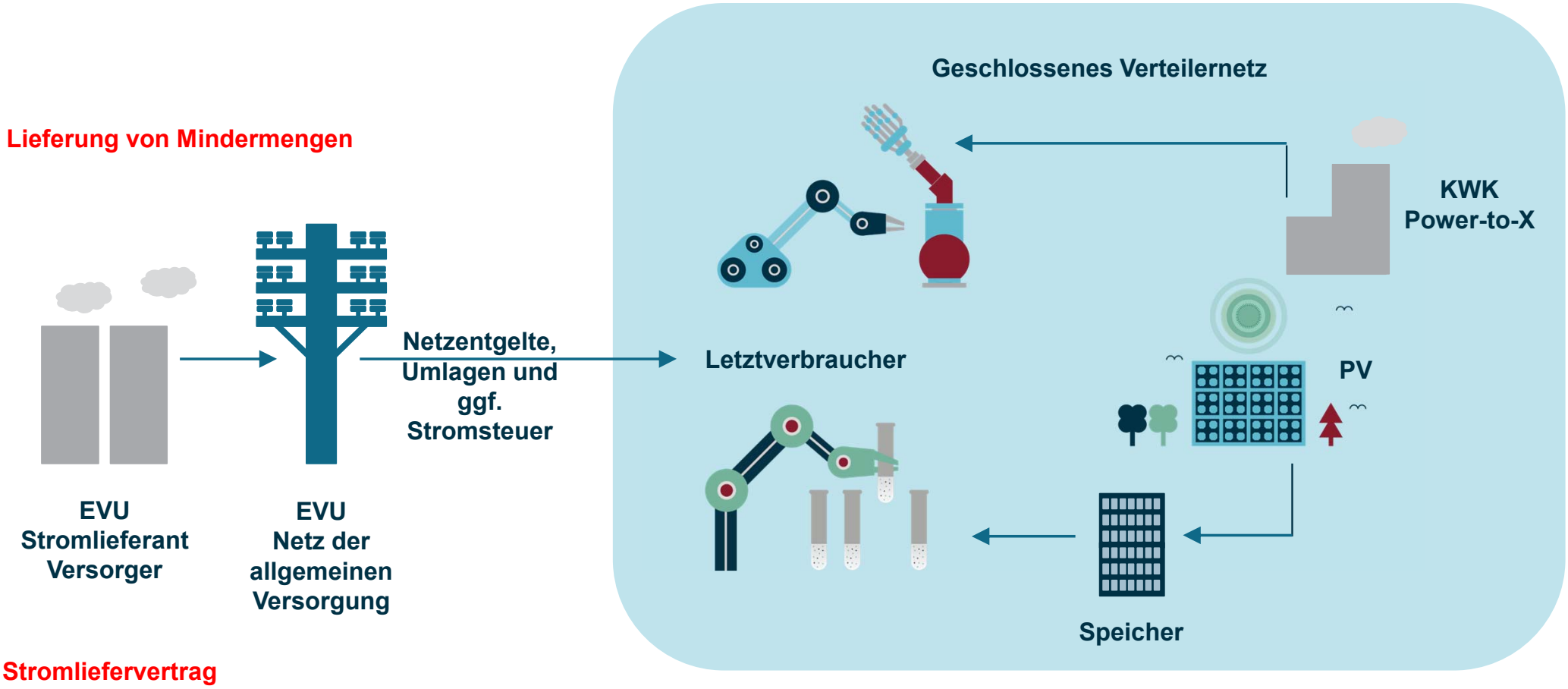
- Bezugnahme auf ein Gebiet, dass eine Ausdehnung nach Länge, Breite und Höhe aufweist
- Ziel: Die Stromerzeugung soll objektbezogen und nicht für eine flächendeckende oder regionale Versorgung zur Verfügung gestellt werden (örtliche Versorgung für bestimmte Entnahmestellen)
- der räumliche Zusammenhang umfasst Entnahmestellen in einem Radius von bis zu 4,5 Kilometern um die jeweilige Stromerzeugungseinheit (§ 12b Abs. 5 StromStV)
- kein Erfordernis, dass der Strom unter Ausschluss des öffentlichen Stromnetzes durch ausschließlich dafür vorgesehene Leitungen zum Ort der Stromentnahme zu leiten ist



Dezentrale Versorgungskonzepte – Strom im geschlossenen Verteilernetz

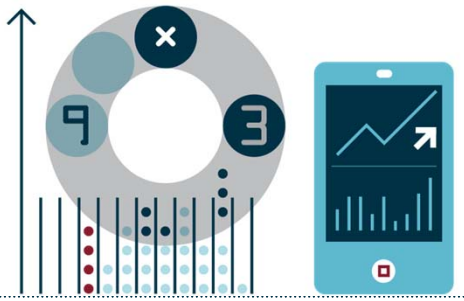


Geschlossenes Verteilernetz

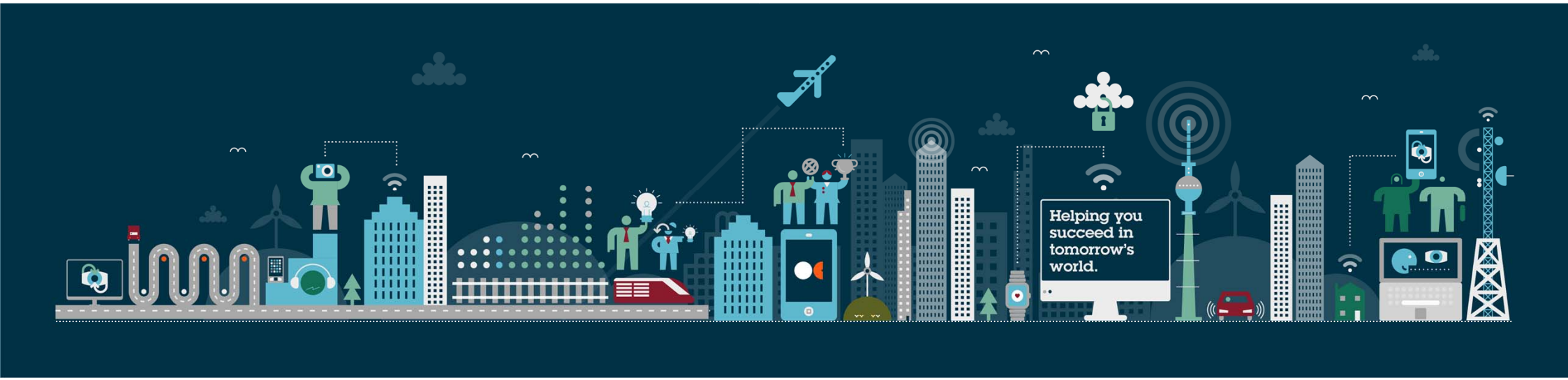


Besonderheiten im geschlossenen Verteilernetz

- Genehmigung durch BNetzA erforderlich
- Netzentgelte, Umlagen und Abgaben und ggf. Stromsteuer fallen an und können ggü. dritten Letztverbrauchern im geschlossenen Verteilernetz erhoben werden
- Keine Eigenversorgung, da Strom durch ein Netz durchgeleitet wird
- Netzbetreiber können Ladepunkte errichten und betreiben, § 110 EnWG



Dezentrale Versorgungskonzepte – Strom
Besonderheiten bei PV-Aufdachanlagen



Projektstrukturierung

- Ziele
  - Teilhabe des Eigentümers am Wertschöpfungspotential
    - Förderung nach dem EEG
    - Umsetzung von Mieterstrommodellen
    - Umsetzung von Eigenversorgungsmodellen
    - Ggf. Abschluss eines Power Purchase Agreement (PPA)
  - Flexibilität für einen Weiterverkauf
  - Zugang zu (Projekt-)Finanzierung
  - Anforderungen des Steuer- und Abgabenrechts
    - erweiterte Gewerbesteuerkürzung
    - Stromsteuer
- Themen
  - Reine Vermietung der Dachfläche
  - Errichtung und Betrieb der PV-Aufdachanlage
  - Gründung einer Zweckgesellschaft (auch zur Bündelung von PV-Aufdachanlagen)
    - Rechtsformwahl
    - Kooperation mit Dritten
- Ggf. Einbindung in ein energetisches Gesamtkonzept (Wärmeversorgung (ggf. im Quartier), eMobility, Energie-effizienzmaßnahmen)

Rechtsrahmen

- Energierecht
  - Einbindung in die Netzinfrastruktur / Kundenanlage
  - Auftreten als Energieversorger / Stromlieferant
  - Messkonzepte
  - Erneuerbares Energien Gesetz (EEG)
    - Förderung der Anlagen
    - EEG-Umlage
- Immobilienrecht
  - Eigenschaft als Scheinbestandteil
  - Absicherung der Dachflächennutzung durch beschränkt persönliche Dienstbarkeit
- Steuerrecht
- Gesellschaftsrecht
- Baurecht

- Verträge
  - Dachflächennutzungsvertrag
  - PV-Anlagen
    - Kauf und Errichtung
    - Wartung und technischer Betrieb
  - Netzanschluss- und Netznutzungsvertrag
  - Verträge über die Stromabnahme (Direktvermarktung, PPA)
  - Ggf. Gesellschaftsvertrag
  - Ggf. Kooperationsvertrag (größere Projekte oder größere Anzahl kleinerer Projekte)
  - Ggf. Darlehensvertrag

Vermarktung des Stroms

➢ Förderung nach EEG

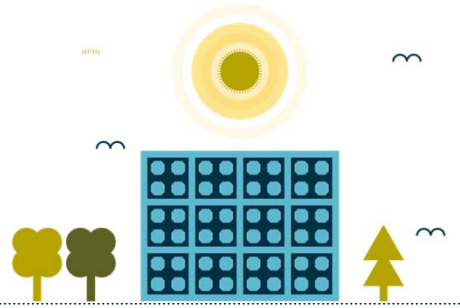
- Einspeisevergütung für Anlagen bis zu 100 kW
- Mieterstromzuschlag (Wohngebäude) für Anlagen bis zu 100 kW
  - recht hohe regulatorische Anforderungen; ggf. Änderungen im EEG 2021
- Direktvermarktung des Stroms und Förderung in Höhe der Marktprämie
  - Teilnahme an einer Ausschreibung ab 750 kW
  - Teilnahme mit Solaranlagen, die auf, an, oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand errichtet werden auch ab 300 kW

➢ Eigenversorgung

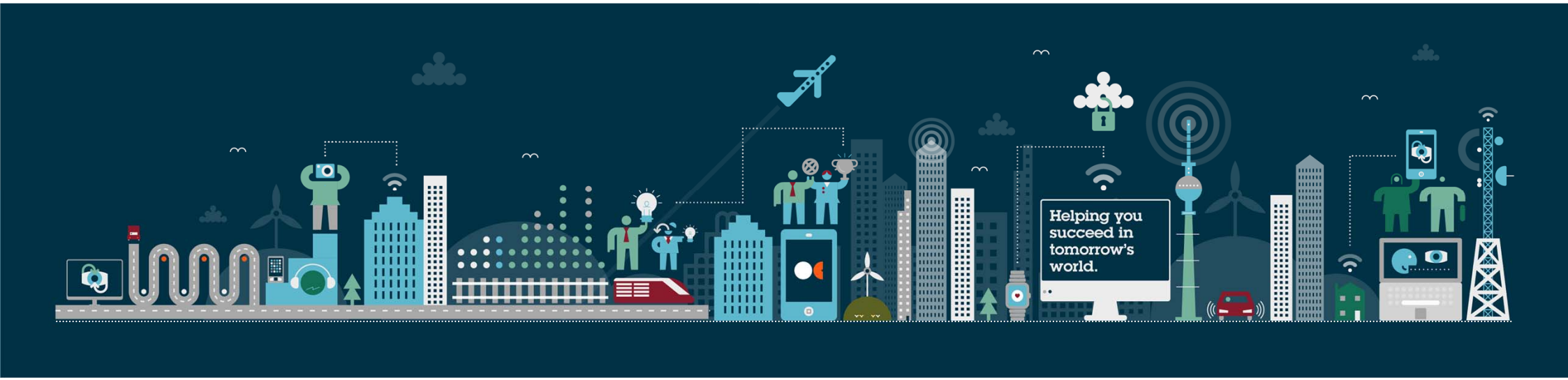
- Eigene Nutzung von „grünem“ Strom und Einsparungen bei Netzentgelten und Umlagen
  - bzgl. EEG-Umlage: Strenge Anforderungen an Personenidentität (PV-Anlagenbetreiber und Verbraucher müssen dieselbe Person sein)

➢ Abschluss eines PPA

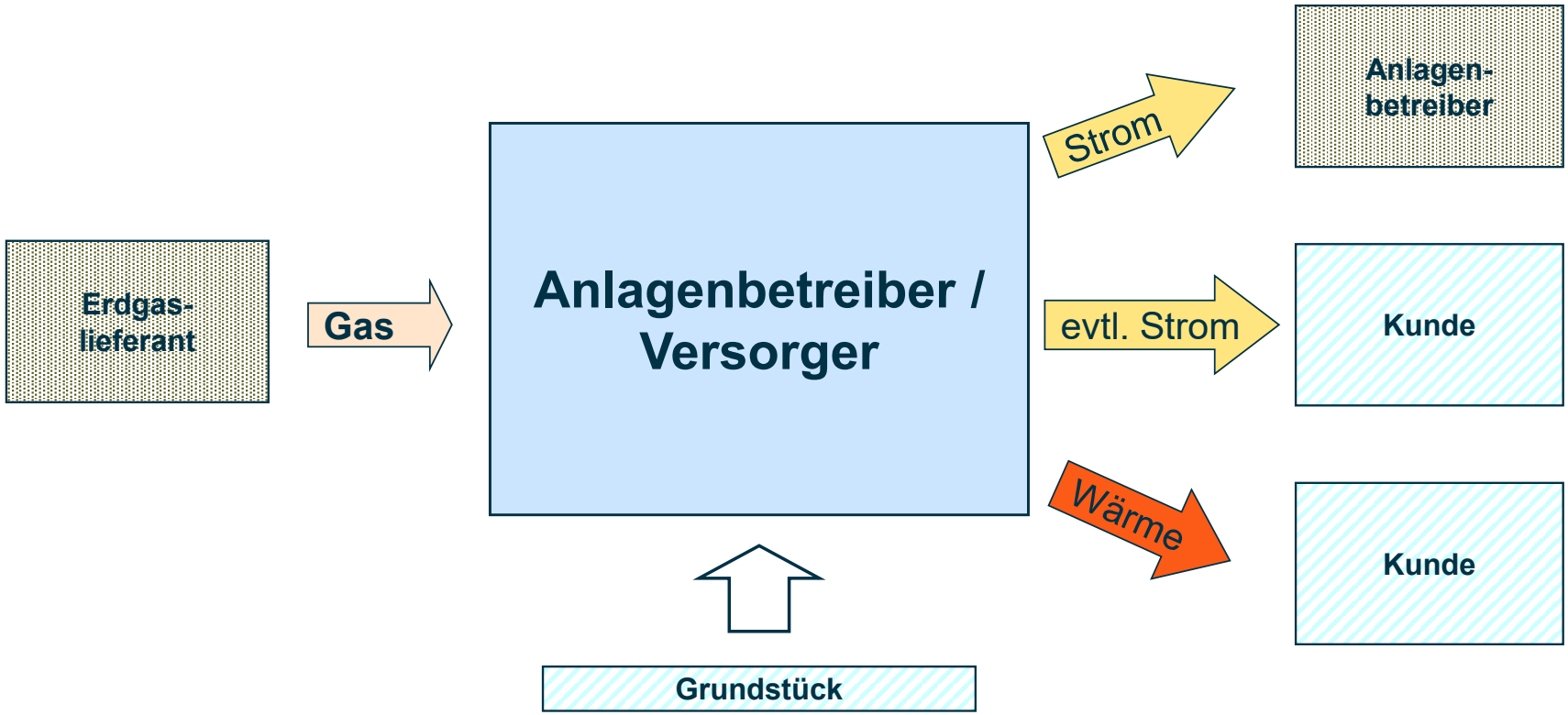
- unabhängig von gesetzlicher Förderung
- Stromliefervertrag mit Vermarktungsunternehmen oder direkt mit einem Stromabnehmer
- Vertragliche Risikozuordnung variabel strukturierbar
- Nutzung der Grünstromeigenschaft möglich



Dezentrale Versorgungskonzepte - Wärme



Contracting-Vertragsstrukturen



Preisstellung/-anpassung (1) – variable Vergütung

- Anbindung an Markt-/Börsenpreise
- Open Book
  - Offenlegung der und Abstimmung bei der Beschaffungsstrategie
- Preisgleitklauseln

Preisstellung/-anpassung (2) – variable Vergütung

- Preisgleitklauseln für einen Arbeitspreis $$AP = AP_0 \cdot \left(0,70 \cdot \frac{G}{G_0} + 0,30 \cdot \frac{W}{W_{,0}} \right)$$

  AP = Aktueller Arbeitspreis in Euro/kWh

  AP0 = Basis-Arbeitspreis Euro/kWh

  G = Durchschnitt des monatlichen Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) „Erdgas, bei Abgabe an Handel und Gewerbe (auch Wohnungswirtschaft)“, nach Veröffentlichung des Stat. Bundesamts Fachserie 17 Reihe 2, Lfd.-Nr. 633, im jeweiligen referenzzeitraum.

  G0 = Der Basiswert des Erzeugerpreisindex „Erdgas, bei Abgabe an Handel und Gewerbe (auch Wohnungswirtschaft)“ beträgt 90,8 (arithmetische Mittel der Monatswerte im Zeitraum 01.10.2017 bis zum 30.09.2018; Basis 2015 = 100) gemäß Veröffentlichung des Statistischen Bundesamts. Es wird der Stand des jeweils aktuellen vom Statistischen. Bundesamts veröffentlichten Basisjahr herangezogen.

  W = Durchschnitt des monatlichen Wärmepreisindex „Fernwärme einschl. Umlage“, nach Veröffentlichung des Stat. Bundesamts, im jeweiligen Referenzzeitraum.

  W0 = Der Basiswert des Wärmepreisindex „Fernwärme einschl. Umlage“ beträgt 91,7 (arithmetische Mittel der Monatswerte im Zeitraum 01.10.2017 bis zum 30.09.2018, Basis 2015 = 100) gemäß Veröffentlichung des Stat. Bundesamts. Es wird der Stand des jeweils aktuellen vom Stat. Bundesamt veröffentlichten Basisjahr herangezogen.

-

- Beispiel Preisgleitklauseln für einen CO2-Preis $$EP = EP_0 \cdot \left(\frac{nEHS}{nEHS_0} \right)$$

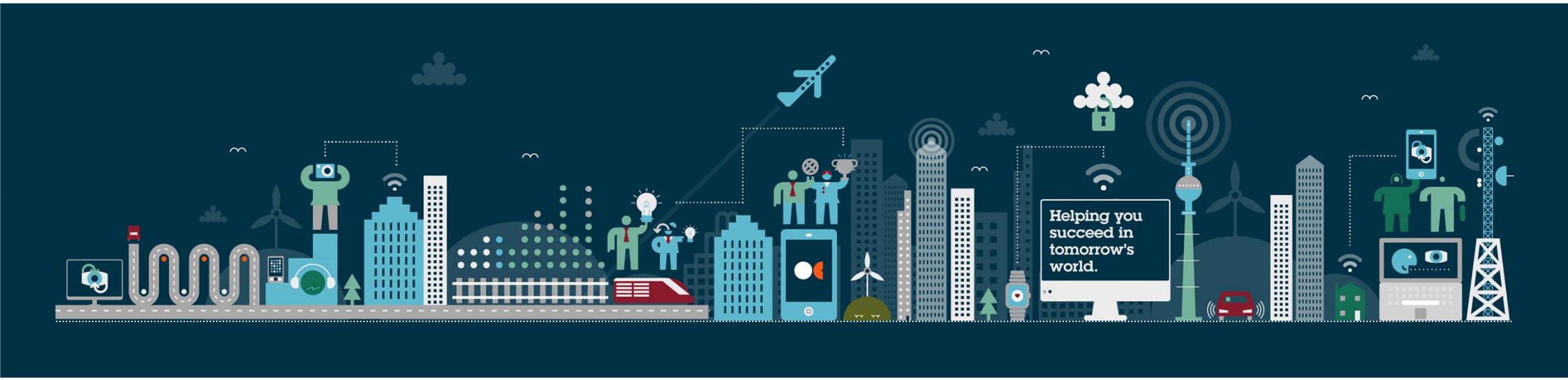
  EP = Aktueller Emissionskostenbetrag in Euro/kWh

  EP0 = Basis-Emissionskostenbetrag in Euro/kWh

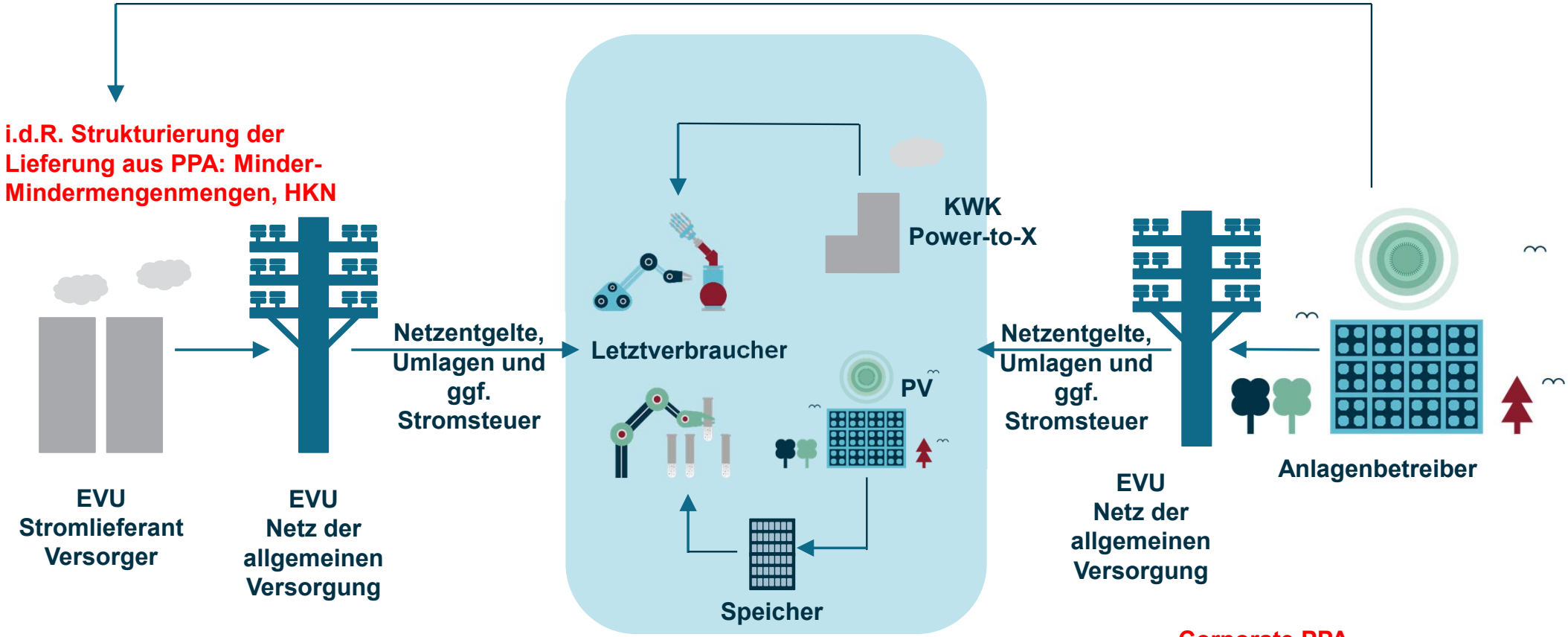
  nEHS = Preis pro Emissionszertifikat in dem Jahr, in dem die abzurechnende Wärme geliefert wurde

  nEHS0 = Preis pro Emissionszertifikat im dem Jahr, in dem der Basis-Emissionskostenbetrag ermittelt wurde.

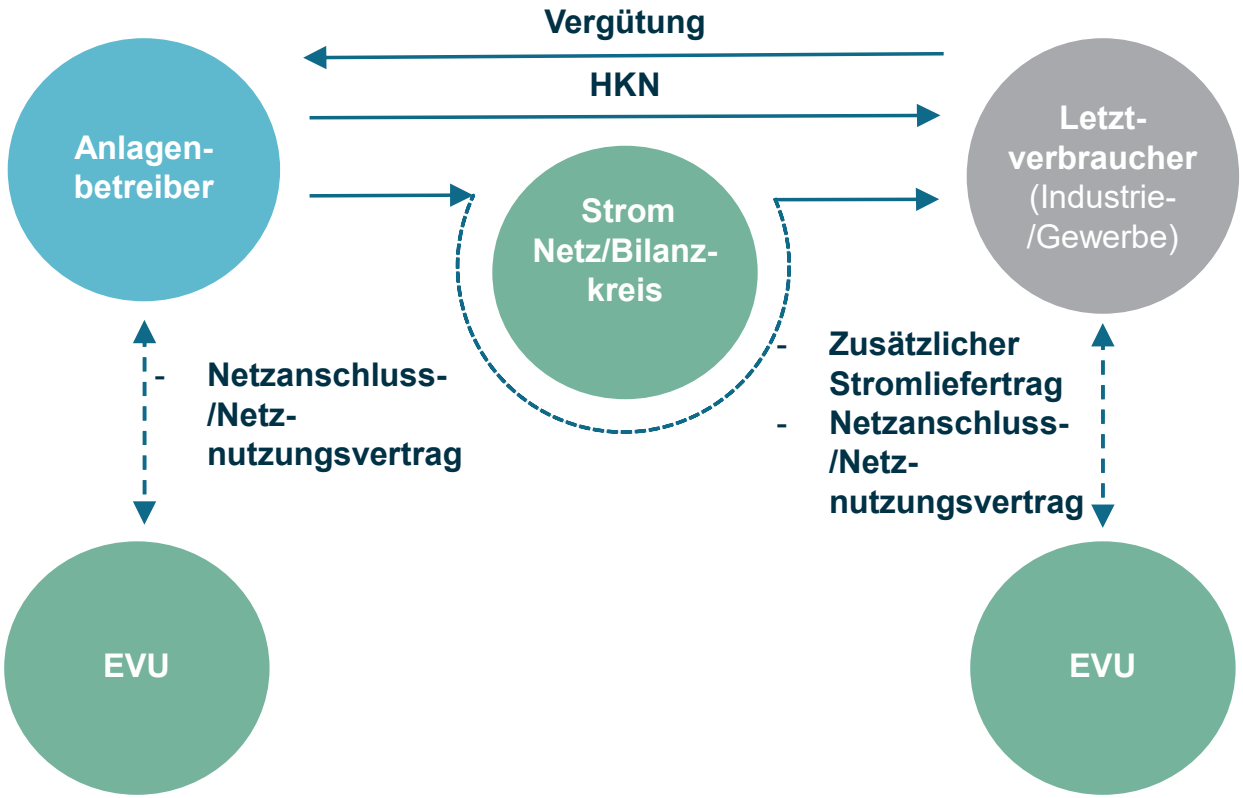
Grünstrombezug mit Corporate PPA

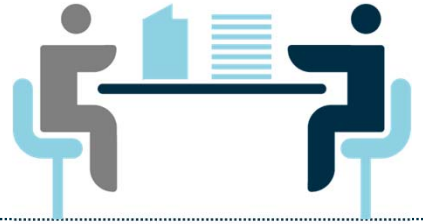


Mit Corporate PPA



Besonderheiten beim Corporate PPA (1)



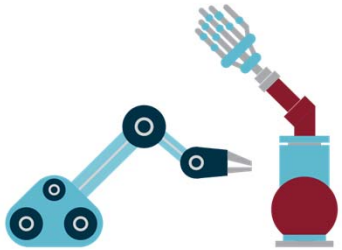


- Corporate PPA: Abnehmer ist Letztverbraucher
- Sleeved: Mit Nutzung des öffentlichen Netzes

Besonderheiten beim Corporate PPA (2)

Anlagenbetreiber

- **EVU** gemäß § 3 Nr. 18 EnWG und § 3 Nr. 20 EEG
  - Speicherung-/Veröffentlichungspflichten, § 5a EnWG
  - Anforderungen an Rechnungstellung, § 40 EnWG
  - Verpflichtung zur Stromkennzeichnung, § 42 EnWG
  - Mitteilungspflichten, § 74 EEG
  - EEG-Umlage an ÜNB, § 60 EEG
- **Versorger** gemäß § 2 Nr. 1 StromStG
  - Erlaubnispflicht, § 4 StromStG
  - Steuerschuldner, § 5 StromStG



Corporate als Abnehmer

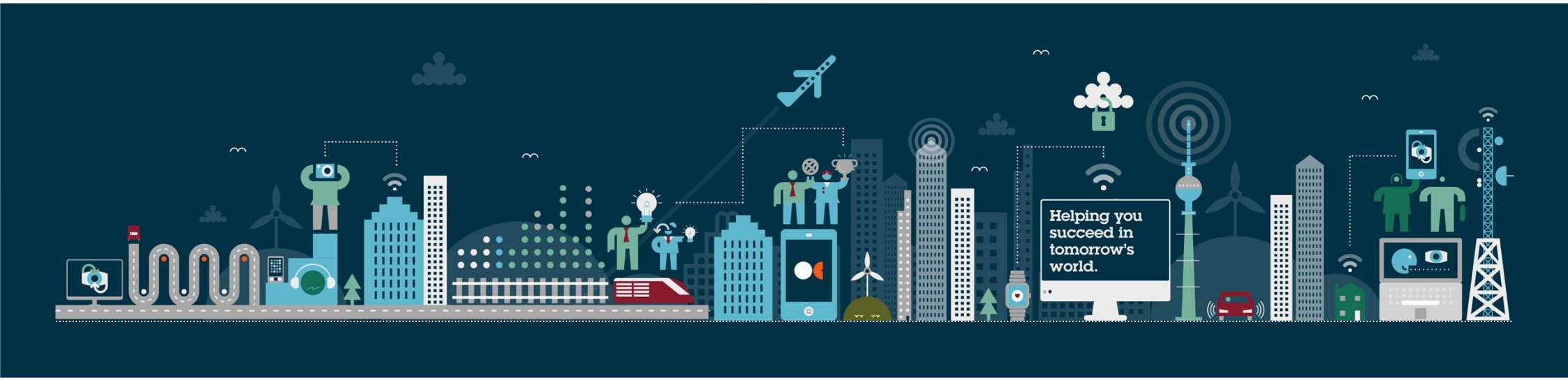
- **Letztverbraucher** gemäß § 3 Nr. 25 EnWG und § 3 Nr. 33 EEG
  - EEG 2021: EEG-Umlage abzuführen
- **Stromkostenintensive Unternehmen**:
  - **Strompreiskompensation** möglich
  - EEG 2023: **BesA** berücksichtigt grünen Strombezug
- Kann keine **HKN** selbst entwerten
- Bei **Weiterverkauf**: Unternehmen wird Versorgungsunternehmen für diese Strommengen
- Regelungsbedarf Netznutzung und Bilanzkreismanagement
- Netzentgelte, inkl. netzentgeltbezogener Umlagen/Abgaben

Wichtige Vertragsklauseln/-inhalte

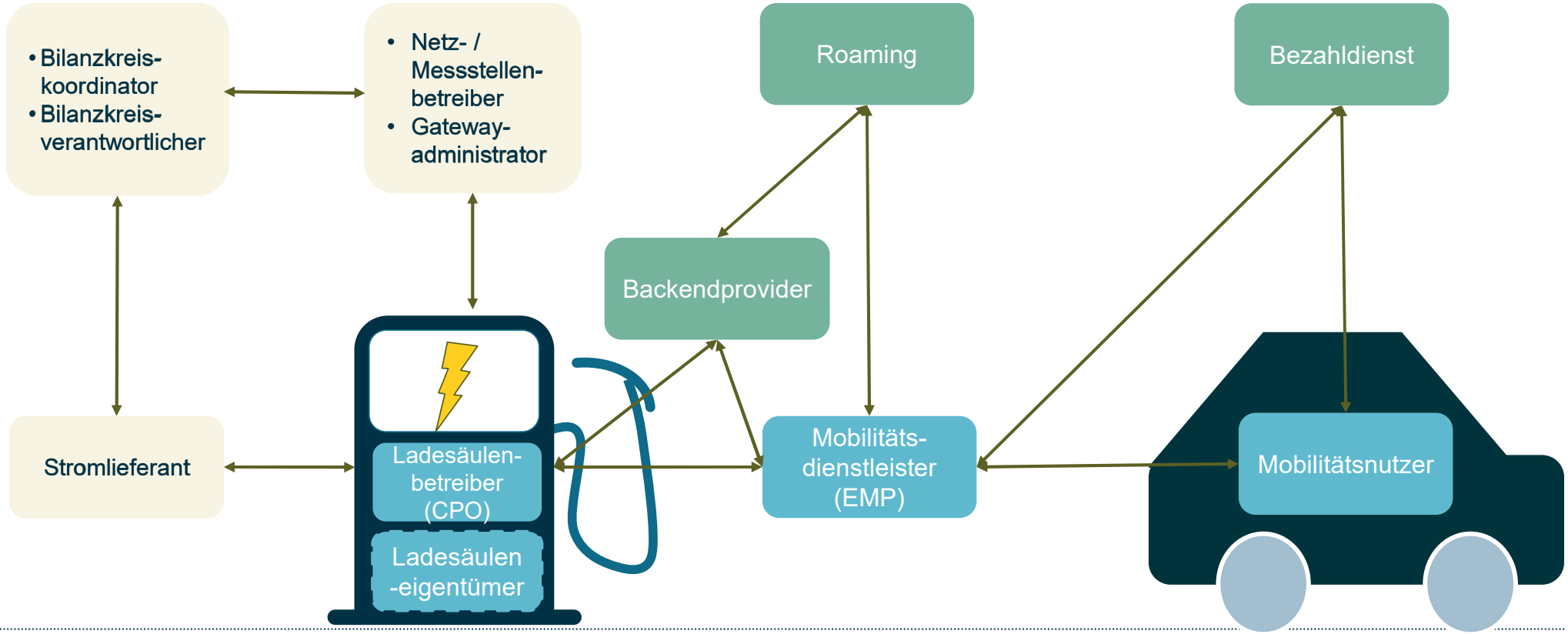
- Definitionen und genaue Beschreibung der PV-Anlage (mit Inbetriebnahmeplanung, ggf. in Tranchen)
- Abbildung typischer Schnittstellenrisiken (z.B. EPC und O&M)
- Gestaltung relevanter Dienstleistungen (z.B. REMIT, RD 2.0, EMIR)
- Übertragbarkeit von Rechten und Pflichten auf Dritte
- Zuordnung von Umweltattributen, HKN
- Sicherheiten und Versicherungsnachweis (mit Drittschadensdeckung)
- Höhere Gewalt und Folgen langfristiger Force Majeure Events
- Streitbeilegung, Gerichtsstand, Rechtswahl
- Bei Schiedsgerichtsbarkeit i.d.R. keine AGB-Prüfung
- Typische Schlussbestimmungen (z.B. Salvatorische Klausel)

„Am Ende erfordert ein erfolgreicher Abschluss eines PPA eine angemessene Verteilung von Chancen und Risiken, die langfristig funktioniert und eine Finanzierung sichert“

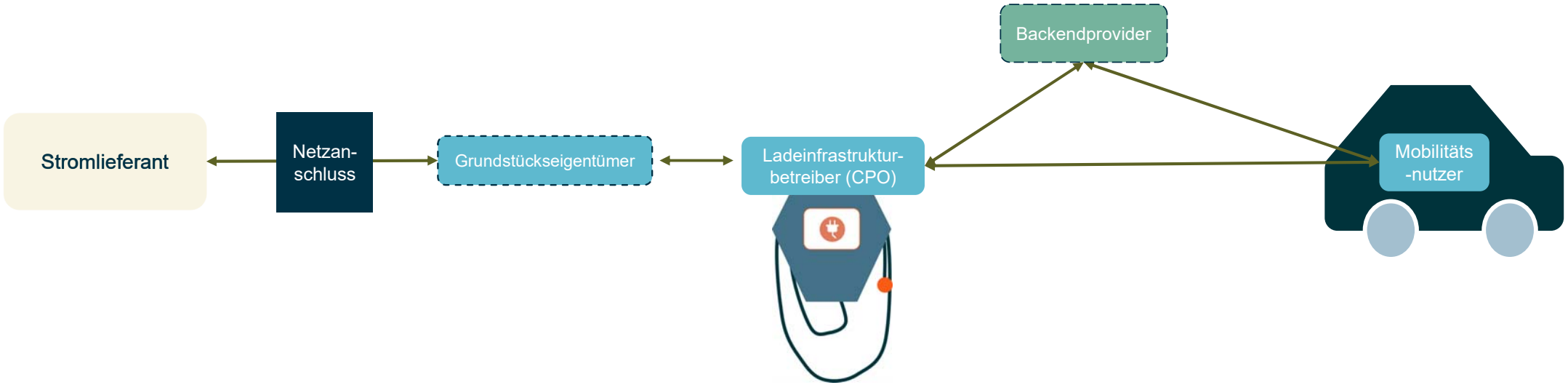
Stolperfallen beim Betrieb von Ladesäulen



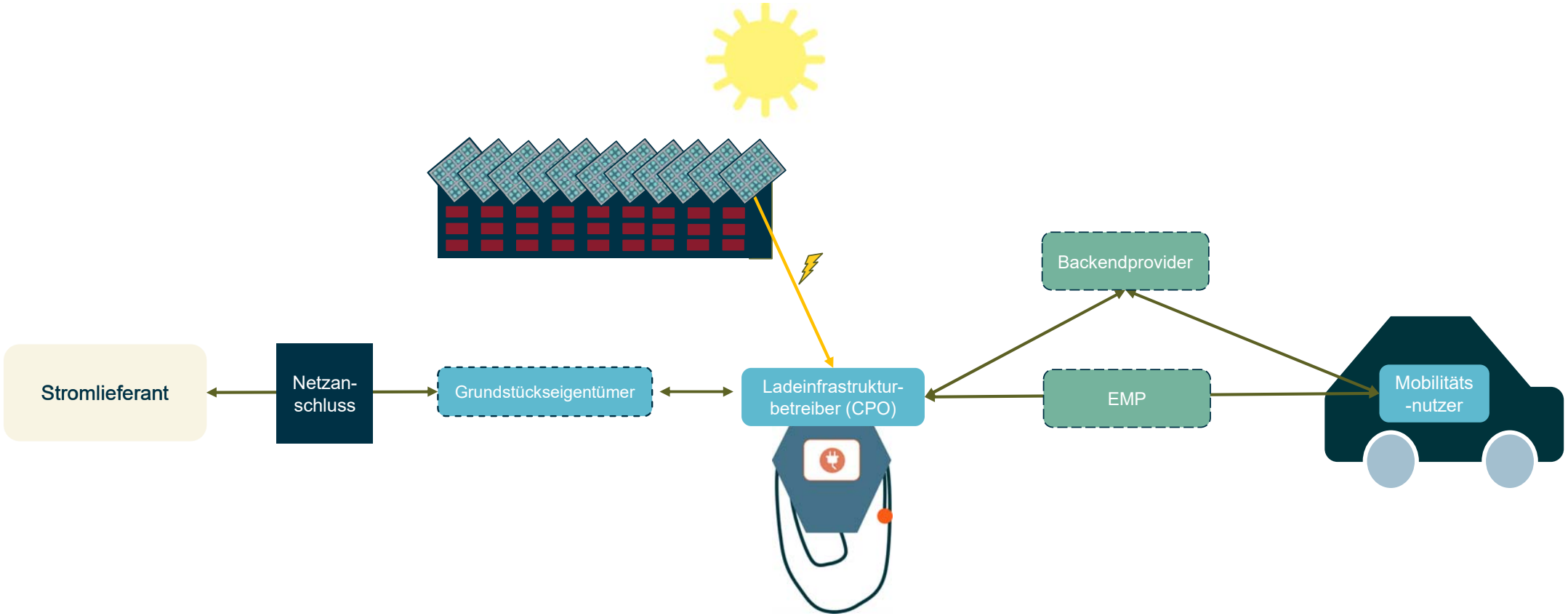
Vertragsbeziehungen – Beispiel öffentliche Ladesäule



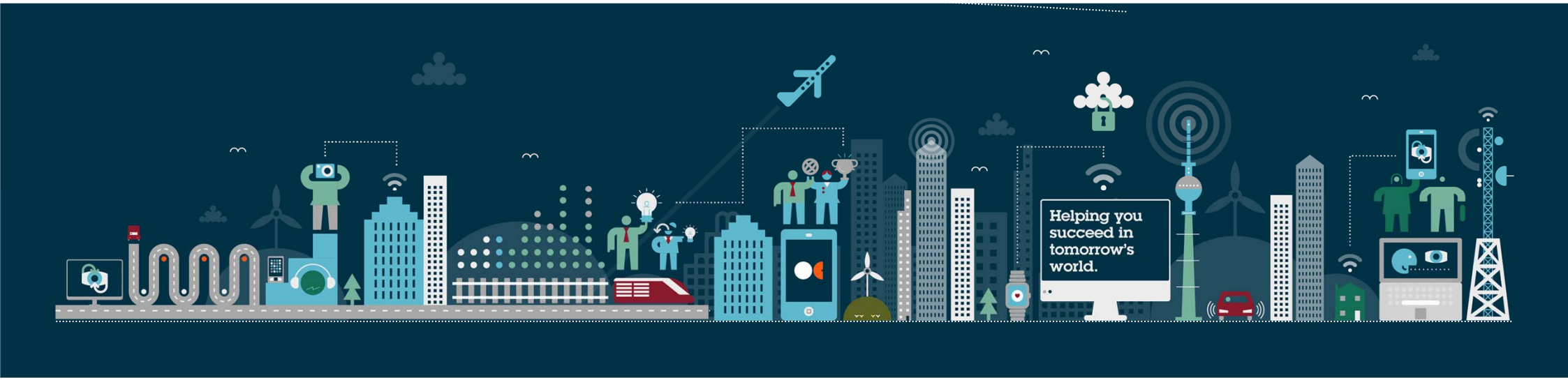
Abwicklung von nichtöffentlichen Ladevorgängen im gewerblichen Kontext – Beispiel 1



Abwicklung von nichtöffentlichen Ladevorgängen im gewerblichen Kontext– Beispiel 2



Gebäude-Elektromobilitäts-infrastruktur-Gesetz (GEIG)



Übersicht (1)

Gebäude	Installationspflicht
Neues Wohngebäude mit >5 Stellplätzen	Leitungsinfrastruktur für jeden Stellplatz
Neues Nichtwohngebäude mit >6 Stellplätzen	Leitungsinfrastruktur für jeden 3. Stellplatz und mindestens ein Ladepunkt
Größere Renovierung Wohngebäude mit >10 Stellplätzen welche Parkplatz oder elektrische Infrastruktur umfasst	Leitungsinfrastruktur für jeden Stellplatz
Größere Renovierung Nichtwohngebäude mit >10 Stellplätzen welche Parkplatz oder elektrische Infrastruktur umfasst	Leitungsinfrastruktur für jeden 5. Stellplatz und mindestens ein Ladepunkt
Bestehende Nichtwohngebäude >20 Stellplätzen	Errichtung eines Ladepunkts nach dem 1. Januar 2025
Gemischt genutzt Gebäude	Abhängig von der überwiegenden Nutzung

Übersicht (2)

Leerrohre

***Leitungsinfrastruktur**: Die Gesamtheit aller Leitungsführungen zur Aufnahme von elektro- und datentechnischen Leitungen in Gebäuden oder im räumlichen Zusammenhang von Gebäuden vom Stellplatz über den Zählpunkt eines Anschlussnutzers bis zu den Schutzelementen.*

Weitere Regelungsgegenstände des GEIG	
Ausnahmen	Wenn Kosten für Lade- und Leitungsinfrastruktur >7 % der Renovierungskosten betragen
Bußgeldvorschriften	Geldbuße bis zu EUR 10.000

Bestehende Pflichten aus der Netzanschlussverordnung	
Mitteilungspflicht	Installation von Ladeeinrichtungen ist dem Netzbetreiber mitzuteilen
Genehmigungspflicht	Zustimmung des Netzbetreibers erforderlich bei mehr als 12 kVA

Dr. Jule Martin
Counsel
Germany, Hamburg

+49 40 55436 4258
jule.martin@osborneclarke.com

Dr. Jule Martin berät Energieversorgungsunternehmen, energieintensive Industrien, Projektentwickler sowie Banken und Investoren zu sämtlichen regulierungsrechtlichen Themen der Energiewirtschaft sowie zu Fragen der Vertragsgestaltung.

Sie berät insbesondere Mandanten zu Themen der Netzregulierung und zu Themen der dezentralen Energieversorgung, auch unter Einbindung neuer Technologien, wie Speichern und E-Mobilität. Im Vertragsrecht berät sie insbesondere bei der Gestaltung von Power Purchase Agreements (PPA) und im Energiehandel und -vertrieb.

Dr. Alexander Dlouhy
Partner
Germany

+49 221 5108 4044
alexander.dlouhy@osborneclarke.com

Dr. Alexander Dlouhy leitet den Bereich Decarbonisation bei Osborne Clarke in Deutschland.

Sein Schwerpunkt liegt auf der Beratung von Transaktionen, der Vertragsgestaltung und dem regulatorischen Rahmen von Energieprojekten und -geschäftsmodellen (z. B. erneuerbare Energien, Netze (Strom, Gas, Fern-/Nahwärme und –Kälte, Contracting, Energiespeicher, E-Mobilität, Wasserstoff, Energieeffizienz und Energiekonzepte in Gebäuden, Quartieren und Industrieflächen) sowie Themen mit Bezug zu Klimaschutz, Klimawandel und ESG.

Weiterhin berät er Mandanten zu Joint Ventures, Kooperationen und M&A-Transaktionen mit einem Schwerpunkt auf den Energiesektor.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Osborne Clarke ist der Firmenname für ein internationales Rechtsanwaltsbüro und die damit verbundenen Abteilungen. Alle Einzelheiten dazu hier: osborneclarke.com/verein

Diese Materialien werden nur zu allgemeinen Informationszwecken geschrieben und bereitgestellt. Sie sind nicht vorgesehen und sollten nicht als Ersatz für Rechtsberatung verwendet werden. Bevor Sie sich mit einem der folgenden Themen befassen, sollten Sie sich rechtlich beraten lassen.

© Osborne Clarke Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaft mbB